Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

urn:nbn:de:gbv:45:1-43321

Visual Library

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschl. Bringerlohn 1,20 Mk, bei Selbstabholen von der Expedition 1,10 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 3,60 Mk., für zwei Monate 2,40 Mk., monatlich 1,20 Mk. einschl. Bestellgeld.

Redaktion und Hauptexpedition Peterstr. 76
Fernsprechanschluß 58, Amt Wilhelmshaven
— Filiale Ulmenstraße 24. —

Bei den Inseraten wird die 7-gespaltene Petitzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend, sowie der Filialen mit 25 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 35 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unverbindlich. Reklamezeile 85 Pf.

32. Jahrgang. Rüstringen, Mittwoch, den 15. Mai 1918. Nr. 112.

Heeresberichte.

(W. T. B.) Berlin, 13. Mai, abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

*

(W. T. B.) Wien, 13. Mai. Amtlich wird verlautbart: An der italienischen Gegirgsfront ist die Kampftätigkeit andauernd rege.

Der Chef des Generalstabes.

Englische Truppenlandung auf Kola?

Christiania, 13. Mai. Die Engländer haben, wie Tidningen melden, 800 Soldaten auf der Halbinsel Kola gelandet.

*

Die Halbinsel Kola ist russisches Staatsgebiet. Von seiner östlichen Spitze aus beherrscht sie den Zugang zum Weißen Meere und damit zu dem nördlichen Hafen Rußlands, Archangelsk. Es läge also durchaus im Sinne der englischen Imperialisten, wenn die Briten sich dort festsetzten, während andererseits Rußland dadurch auch noch seinen nördlichen Hafen verlieren würde, den einzigen, den es noch besitzt; denn in Wladiwostok sitzen ja schon die Japaner.

Indessen empfiehlt es sich, die obige Meldung mit der entsprechenden Vorsicht entgegenzunehmen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es sich um eine Alarmmeldung handelt. Schon die Zahl der angeblich gelandeten Truppen erweckt kein besonderes Vertrauen; denn mit 800 Mann ist die Halbinsel Kola nicht zu besetzen. Dazu gehört denn doch selbst gegenüber dem heutigen Rußland etwas mehr.

Mitglieder des russischen Kaiserhauses von deutschen Truppen gefangen genommen.

In der Krim haben die vorrückenden deutschen Truppen auf einem Landgute namens Djulbar südlich Jalta auf der Krim die Kaiserin-Witwe von Rußland und die Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, Peter Nikolajewitsch und Alexander Michailowitsch, die von 25 bolschewistischen Matrosen bewacht wurden, gefangen genommen.

Ob die Mitglieder des früheren russischen Kaiserhauses in deutsche Gefangenschaft abgeführt oder dem neuen Regime in der Ukraine zugeführt werden sollen, darüber verlautet zur Stunde noch nichts. Eins von beiden dürfte aber sicher geschehen und in dem einen wie in dem anderen Falle bedeutet die neue Gefangenschaft nichts anderes als die Befreiung der genannten Mitglieder des Hauses Romanow. Es ist unverständlich, weshalb die bolschewistische Regierung ihre Gefangenen nicht rechtzeitig wegführte, um sie der Befreiung zu entziehen. In Deutschland dürfte über diese Gefangenenbefreiung kaum besondere Freude entstehen.

Wahlsieg in Zwickau-Crimmitschau.

Zwickau, 13. Mai. Bei der heutigen Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Zwickau-Crimmitschau wurden abgegeben: für den Parteisekretär Meyer (Sozialdemokrat) 12405 Stimmen, für den Gewerkschaftsbeamten Heckert-Chemnitz (Unabh. Soz.) 4826, für den Bergarbeiter Klug (natl. Arbeiter) 6792 Stimmen. Einige kleinere Ortschaften stehen noch aus, doch dürften sie an dem Ausgang der Wahl, dem Siege des Sozialdemokraten Meyer, nichts mehr ändern.

(W. T. B.) Zwickau, 13. Mai. Bei der heutigen Reichstagsersatzwahl im Zwickauer Wahlkreise wurden nach dem bisher vorliegenden Ergebnis abgegeben für Klug (nat. Arbeiterpartei) 6096 Stimmen, für Meyer (Sozialdemokrat 12433 Stimmen, für Heckert (U. Soz.) 5036 Stimmen und für Braun (mittlere Stände) 102 Stimmen. Die Wahl Meyers dürfte ohne Stichwahl gesichert sein.

*

Die Unabhängigen haben eine neue empfindliche Schlappe erlitten. Wahrscheinlich werden sie selbst, wie damals in Niederbarnim, davon am meisten überrascht sein, wenn man auch annehmen sollte, daß nach den Erlebnissen der letzten Zeit auch dem blindwütigsten Draufgänger der U. S. P. einige Schuppen von den Augen gefallen sein könnten. Wer allerdings das zweifelhafte Vergnügen hatte, während des Wahlkampfes in Zwickau die Leipziger Volkszeitung zu studieren, ersah daraus schon, daß man in Leipzig aus Niederbarnim aber auch gar nichts gelernt hatte.

Als in Niederbarnim Breitscheid mit knapper Not eben noch in eine aussichtslose Stichwahl kam, nachdem die Leipzigerin und ihre Tochterorgane wochenlang voraus den Sieg der Haaseleute als die selbstverständlichste Sache von der Welt dargestellt hatten, erklärte man in Leipzig nach der ersten Atempause, daß der Hereinfall zwar zu bedauern, aber doch zu verstehen sei. Die Mehrheitssozialisten hätten den Vorwärts zur Verfügung gehabt und damit auf die Massen einwirken können, während den Unabhängigen eine tägliche Zeitung nicht zur Verfügung gestanden hätte. Das war an sich schon ein überraschendes Eingeständnis, weil die Unabhängigen bis dahin hartnäckig behauptet hatten, die wirklichen Arbeiter hätten den Vorwärts alle boykottiert und seine Bedeutung sei gleich Null. Nur noch mit den Geldmitteln des Parteivorstandes ließe er sich aufrechterhalten. Und nun mit einem Male war der Vorwärts auf die Massen von einer Wirkung, die man immer bestritten hatte, wenn's nicht in den Kram paßte.

Aber jetzt ist auch dieses Argument weggeschwommen. In Zwickau-Crimmitschau haben die Oberbonzen in Leipzig selbst in höchsteigener Person den Kampf führen können. Die Leipziger Volkszeitung wird in Zwickau und im ganzen Kreise von den Unabhängigen verbreitet. Es verging kein Tag, an dem die Regierungssozialisten nicht in Acht und Bann getan wurden. Kein Mittel war der Leipziger Volkszeitung schäbig genug, um es anzuwenden und ihrer Großsprecherei nach zu urteilen, war im ganzen Kreise kein Mehrheitssozialist mehr übrig, den die Unabhängigen nicht schon mit Haut und Haaren verspeist hatten. Selbst vor objektiven Unwahrheiten, die wider besseres Wissen aufgestellt wurden, also wirklichen Lügen, wurde nicht zurückgeschreckt. Für die indirekten Steuern sollten die Mehrheitssozialisten schon das letzte mal gestimmt haben und jetzt sollten sie darauf und daran sein, die Biersteuer zu schlucken und ähnliches andere dumme Zeug mehr, ist alltäglich während der Wahlkampftage in Zwickau-Crimmitschau auf die Wähler losgelassen worden.

Und mit welchem Ergebnis: Der verhaßte „Regierungs"-sozialist ist im ersten Wahlgange durchs Ziel gegangen. Alle arbeiterverräterische Zersplitterungsarbeit ist elend zuschanden geworden an dem gesunden Sinn der Arbeiterschaft und der Volksteile, die zum Sozialismus halten. Der Phrasenjongleur Fritz Heckert aus Chemnitz, ein Spartakusmann vom reinsten Wasser, der bei den Unabhängigen nur Unterschlupf gesucht hat, ist schmählich durchgefallen. Mit ihm aber auch die Drahtzieher in Leipzig und ihre arbeiterschädigenden Methoden. Ein Ergebnis, das zu den besten Hoffnungen berechtigt. Beide Wahlen zeigen, die in Niederbarnim sowohl wie die in Zwickau-Crimmitschau, daß gegenüber entschieden geführten offenem Kampf die Großsprechereien der U. S.-Leute zusammenfallen wie ein Kartenhaus. Eine Erfahrung, die unsere Leute auch anderwärts bereits gemacht haben, sobald sie den Unabhängigen energisch entgegentraten.

Der russische Botschafter in Berlin über das neue Rußland.

Der russische Botschafter in Berlin, Joffe, gewährte dem Berliner Berichterstatter des Neuen Wiener Journals, Dr. Friedegg, eine Unterredung. Auf die Frage nach der zukünftigen Regierungsform Rußlands äußerte Joffe:

„Ich bin dessen vollkommen sicher, daß eine Rückkehr zur Monarchie bei uns ausgeschlossen ist. Die Monarchie hat in Rußland keinen Boden mehr. Eine Rückkehr zu bourgeoisen Verhältnissen, zur Regierung von Nichtsozialisten, halte ich unter gewissen künstlichen Bedingungen für möglich, eine Wiederkehr des Zarismus nicht."

Auf die Frage, ob die gegenwärtige Regierung eventuell mit den bourgeoisen Parteien paktieren würde, erklärte Joffe:

„Das ist absolut ausgeschlossen. Paktieren wäre gleichbedeutend mit einer Annullierung der gegenwärtigen Regierungsform. Ich bin auch fest davon überzeugt, daß die gegenwärtige Regierung Rußlands von innen heraus nicht zu stürzen ist. **Es gibt heute keine einzige Macht in Rußland, die die Kraft hätte, uns zu stürzen.** Hinter uns steht sozusagen das ganze Volk, die große Masse der russischen Bauern und Arbeiter, überhaupt alle Leute, die das kapitalistische System mit Besitzprivilegien nicht gesegnet hat. Sie alle sind in den Sowjets organisiert, und die jetzige Regierung bildet nur den Gipfel der gewaltigen Struktur, die sich über ganz Rußland erstreckt und ihre Verzweigung noch ständig erweitert. Auch die Kleinbürger haben allmählich einsehen gelernt, daß sie ohne uns nicht auskommen. Auch sie kommen langsam zu uns herüber. Die Dauerhaftigkeit unserer Macht ergibt sich aus folgendem: Die anderen Mächte, die vor uns an der Regierung waren, sind diskreditiert. Das Zarentum ist denkbar unpopulär. Miljukow und seine Leute sind vom Volk als unbrauchbar erkannt. Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre mit Kerenski haben in den Augen der Massen völlig versagt. Bliebe also nur noch eine Gruppe, die scheinbar links von uns steht: Die Anarchisten. Aber den Anarchisten fehlt jede politische Stoßkraft. Der Zarismus und die bourgeoisen, wie die gemäßigt sozialistischen Parteien haben sich eben, teils im Krieg, teils in der Revolutionszeit schwer kompromittiert.

Gewiß, man kritisiert in Rußland auch uns, man schimpft auf uns, zumal dann, wenn es einem schlecht geht; aber man sieht ein, daß wir für die Folgen des Krieges schließlich nicht verantwortlich gemacht werden können, und die Erfahrung hat auch gelehrt, daß unser entschiedenes sozialistisches Wirken zu den Verhältnissen Rußlands besser paßt, als die zaudernde Taktik der halbsozialistischen Parteien oder die Knute des Zarismus und seines korrupten Beamtentums, das mit ihm organisch verknüpft war.

Ob das wahr ist, was in vielen Zeitungen stand, daß Trotzki und Lenin entzweit sind, und daß Trotzki deshalb in Petrograd sitzt, während unsere Regierung in Moskau domiziliert:

Zunächst: Trotzki amtiert längst nicht mehr in Petrograd, sondern in Moskau. Trotzki war schon in Moskau, als ich hierher reiste. Ferner: In unserer Partei war eine Minderheit für die Fortführung des Krieges gegen Deutschland — **nicht für die Weiterführung der militärischen Operationen, aber auch nicht für die Unterzeichnung des Friedensvertrages.** Die Mehrheit war für die Annahme des deutschen Ultimatums. Lenin führte die Mehrheit, Trotzki die Minderheit; aber die Minderheit hat sich dem Votum der Mehrheit gefügt, wie das der Parteimoral entspricht, und zwischen Trotzki und Lenin besteht heute ein persönlich ausgezeichnetes Verhältnis. Auch die Nachrichten über den schweren Leidenszustand von Lenin sind erfunden. Lenin war kurze Zeit krank an Influenza. Aber er ist längst wiederhergestellt. Er ist ein kräftiger, gesunder, höchst energischer Mann und denkt nicht ans Sterben. Ueber das zukünftige Verhältnis Groß-Rußlands zur Ukraine kann ich nur sagen, daß — entgegen dem hier verbreiteten Glauben, Groß-Rußland auf die Getreidevorräte der Ukraine durchaus nicht angewiesen ist. Für seinen eigenen Bedarf baut Nordrußland in normalen Zeiten genügende Getreidemengen; wir produzieren nur nicht genug, daß wir auch noch exportieren könnten. Jedoch steht uns das sibirische Brotgetreide für die Ausfuhr zur Verfügung. **Bei einem guten, geregelten Verhältnis zu den Mittelmächten wären wir sehr wohl in der Lage, hierher Getreide zu liefern.** Auch Metalle könnten wir der deutschen und der österreichisch-ungarischen Wirtschaft zur Verfügung stellen. Auch sonst sind wir **mit Rohmaterialien gut versorgt,** besonders große Vorräte von Leinenwaren haben wir. Was wir von Deutschland dringend brauchen könnten, wären Farbstoffe, besonders Arzneimittel und landwirtschaftliche Maschinen. Wir erzeugen zwar selbst neuerdings mehr Maschinen als im Frieden — Rußland hat sich durch den Krieg industrialisiert — aber die Möglichkeit, jetzt schon hinreichend Maschinen zu erzeugen, ist nicht vorhanden. Eine intensivere Bewirtschaftung des landwirtschaftlichen Bodens liegt uns aber außerordentlich am Herzen. Zu unseren wirtschaftlichen Zielen gehört ja in erster Linie eine starke Vermehrung der Güter, die der Mensch zum Leben und zum Genießen braucht. Wir sind durchaus keine Asketen; wir wünschen absolut nicht die Rückkehr zu primitiven Verhältnissen. Im Gegenteil, wir wünschen, die Menschen reicher und glücklicher zu machen. **Wir haben nichts gegen den Reichtum aller, aber wir haben alles einzuwenden gegen ein kapitalistisches System, bei dem Millionen Menschen entbehren müssen und wenige prassen können.** Wir haben übrigens bereits ein — selbstverständlich — staatliches Außenhandelsmonopol geschaffen. Daraus ersehen Sie, daß wir sehr wohl daran denken, mit den Völkern Deutschlands und Oesterreich-Ungarns Handel zu treiben. Daß die Amerikaner während des Krieges oder während der Revolution von Rußland irgendwelche Konzessionen erworben hätten, ist eine Erfindung. Unsere Regierung wird selbstverständlich weder Inländern noch Ausländern Konzessionen für die Expoitierung von Bergwerken, Eisenbahnen oder dergleichen geben. Dagegen werden wir den Zuzug von Ausländern nach Rußland durchaus nicht hemmen. Wir werden keinen Russen zwingen, nach Rußland zurückzukehren, und werden keinem fremden Staatsbürger beim Eintritt in russisches Gebiet Schwierigkeiten bereiten. Inländer und Ausländer werden in Rußland völlig gleichberechtigt sein. Wir sind sogar für das Wahlrecht von Ausländern.

Wie gegenwärtig die Ernährungsverhältnisse in Rußland sind?

In den Städten nicht gut. Das liegt an den Transportverhältnissen. Aber Nordrußland hat Nahrungsmittel genug, und an der Besserung der Transportwege arbeiten wir.

Wie die Gefangenenfrage steht?

Wir sind bereit, den Austausch der Gefangenen zu beschleunigen. An einer solchen Beschleunigung haben wir das größte Interesse. Wie sich mein persönliches Verhältnis zur deutschen Regierung gestaltet? **Die Beziehungen sind vollkommen korrekt."**

Die neuen Besitzsteuern.

Dem Haushaltsausschuß des Reichstages lag am Montag ein Antrag der Mehrheitsparteien vor, der neue Besitzsteuern fordert. Zunächst wird gefordert eine Kriegsabgabe vom Einkommen. Jedes Einkommen von mindestens 20 000 Mark soll einer besonderen einmaligen Abgabe unterworfen werden. Diese Abgabe beginnt mit 3. v. H. und steigt in der höchsten Stufe auf 20 v. H. Dann wird verlangt eine erhöhte Kriegsabgabe von der während des Krieges erzielten Einkommensvermehrung gegenüber dem in der Friedenszeit erzielten Einkommen. Die Steuersätze für die Einkommensvermehrung werden durchgestaffelt und beginnen mit 5 v. H. für die ersten

Landesbibliothek Oldenburg

30 000 Mark Mehreinkommen und schließen mit 50 v. H. als höchster Steuersatz. Außerdem wird gefordert eine Ergänzungsabgabe vom Vermögen, und zwar für alle Vermögen über 20 000 Mark. Diese Abgabe soll beginnen mit 1 v. Tausend für Vermögen bis 100 000 Mark und schließt mit 3 v. T. bei den ganz großen Vermögen.

Die Sozialdemokraten haben dann ferner den Antrag gestellt, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Ausbau des Reichs-Erbschaftssteuergesetzes in folgender Richtung zu bewirken geeignet ist:

1. Einbeziehung der Erbschaften der direkten Abkömmlinge und Ehegatten von einer Mindestgrenze an, unter Freilassung solcher Fälle, in denen der Tod des Erblassers mit der Erfüllung der Wehrpflicht zusammenhängt.
2. Verschärfung der Steuersätze und ihre stufenweise Steigerung nicht nur nach der Höhe der Erbschaft und dem Grade der Verwandtschaft, sondern auch nach der Höhe des Gesamtvermögens und nach der Kinderzahl des Erbenden.
3. Einführung eines abgestuften Pflichtteils des Reiches bei kleiner Kinderzahl oder Kinderlosigkeit des Erblassers.
4. Einführung des Erbrechts des Reiches, wenn die Erbschaft an entfernte Verwandte oder blutfremde Personen fallen würde.

Die von den Mehrheitsparteien gestellten neuen Steuern würden einen Gesamtbetrag von 1200 Millionen Mark bringen. Gegen diese Steuern wandte sich zunächst der preußische Finanzminister Hergt, der zwar bestritt, daß die Einzelstaaten dem Reiche Einnahmen aus direkten Steuerquellen vorenthalten wollen, aber doch immer wieder darauf zurückkam, daß mit diesem Steuersystem die Finanzwirtschaft der Einzelstaaten in Unordnung geraten müsse. Den Einwand, daß die Engländer eine weiteingreifendere Kriegssteuergesetzgebung haben, beantwortete der preußische Minister mit der Bemerkung, daß wir gar keinen Anlaß hätten, den Engländern alles nachzumachen. Außerdem stände in Preußen eine stärkere Belastung der Vermögen ganz unmittelbar bevor. Die Vorschläge, die von den Mehrheitsparteien gemacht werden, bedeuten nicht eine Verständigung mit den Bundesstaaten, sondern — einen Bruch des Burgfriedens.

Abg. Stresemann wandte sich gegen den preußischen Finanzminister und bezeichnete es als eine Pflicht der besitzenden Klassen, mehr als bisher zu den Lasten des Krieges beizutragen.

Abg. Gröber begründete sodann eingehend den Kompromißantrag. Er wies insbesondere darauf hin, daß in der Verfassung mit keinem Wort gesagt ist, daß das Reich keine direkten Steuern erhalten dürfe. Die Truppen kämpften auch für die Erhaltung des Besitzstandes der Einzelstaaten und deshalb sollten die einzelstaatlichen Finanzminister mit ihrem Widerspruch etwas zurückhaltender sein. Das Ideal wäre, daß man dahin komme, eine große einheitliche Steuer zu schaffen, die dann prozentual auf Reich, Staat und Gemeinde je nach dem Bedarf, verteilt werden könnte.

Abg. Keil begründet dann den Antrag der Sozialdemokraten und stellt fest, daß es immerhin ein Fortschritt sei, daß heute Zentrum und Nationalliberale ohne weiteres für direkte Reichssteuern eintreten. Es sei sehr bezeichnend, daß man in unserer ganzen Kriegssteuerpolitik noch nicht Hand an die Erbschaftssteuer gelegt habe, deren Ausbau nicht nur ein dringendes Erfordernis sei, sondern gleichzeitig einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit darstelle. Der Staatssekretär Graf Roedern habe im Reichstag Angaben gemacht, die durchaus nicht zutreffen, denn in Wirklichkeit bringen die indirekten Steuern, wie Kohlensteuer usw. bedeutend mehr ein, als der Staatssekretär im Reichstag mitgeteilt habe. Gegenüber einer dauernden Belastung des Volkes mit 5½ Milliarden steht nur eine einmalige Belastung des Besitzes mit 5,7 Milliarden Mark. Das Volk sei außerdem geschädigt worden durch die Papierwirtschaft, denn dadurch seien die Preise stark in die Höhe gegangen, so daß das Volk auf diese Weise Milliarden opfern muß.

Staatssekretär Graf Roedern trat den Ausführungen des Vorredners entgegen und wollte vor allen Dingen festgestellt wissen, daß seine Angaben im Plenum mit den Tatsachen übereinstimmen.

Der württembergische Finanzminister hielt dann eine einstündige Rede, in der er eingehend die Organisation des Staatswesens in Württemberg auseinandersetzte, um sich dann am Schlusse gegen die vorgeschlagenen neuen Reichssteuern zu wenden.

Die Beratungen werden am Dienstag fortgesetzt.

Die Unabhängigen haben beantragt, einen Gesetzentwurf vorzulegen über eine Vermögensabgabe zur Abbürdung der Reichsschuld. Sie verlangen, daß unter Freilassung der kleinen Vermögen stufenweise bis zu 50 v. H. von den Vermögen weggenommen werden soll.

Die dritte Lesung der Verfassungsvorlagen in Preußen.

Das preußische Abgeordnetenhaus begann am Montag die dritte Lesung der Verfassungsvorlagen. Das Zentrum hat seine sämtlichen Sicherungsanträge wieder eingebracht. Ebenso haben die rechtsstehenden Nationalliberalen einen Sicherungsantrag eingebracht, wonach die gesetzlich geordneten Aufsichtsrechte des Staates über die Kirchen und Religionsgesellschaften unberührt bleiben sollen. Neu ist ein von den Abg. Lohmann und Genossen unterzeichneter Antrag zu § 3, der ein Mehrstimmenwahlrecht vorsieht, und zwar soll nach diesem Antrag zu der Grundstimme, die jeder Wähler hat, eine Zusatzstimme jeder über 50 Jahre alte Wähler erhalten, und eine zweite Zusatzstimme diejenigen, die 10 Jahre in der Gemeinde wohnen oder 10 Jahre im Reichs-, Staats-, Kommunal-, Kirchen- oder Schuldienst hauptamtlich angestellt sind oder mehr als 10 Jahre einer deutschen Körperschaft des öffentlichen Rechts angehört haben, oder selbständig oder als leitende Betriebsbeamte seit einem Jahre tätig gewesen sind. Das Sechsstimmenwahlrecht wies das Haus in zweiter Lesung geschlossen ab, es soll hiernach also durch ein Dreistimmenwahlrecht ersetzt werden.

Als erster Redner begründete Abg. Dr. Porsch vom Zentrum die Abstimmung des Teiles seiner Freunde, die für das gleiche Wahlrecht sind. Er erklärte, daß alle seine Freunde nach wie vor die Notwendigkeit einer Wahlrechtsreform anerkennen und daß sie einmütig bereit seien, auf den Boden des direkten und geheimen Wahlrechts zu treten. Ebenso seien sie bereit, den plutokratischen Charakter des Dreiklassenwahlrechts nach Möglichkeit abzuschwächen. Das sei ihr Standpunkt schon vor Erlaß der königlichen Botschaft gewesen, der Erlaß vom Juli sei keine gewöhnliche Thronrede. Die Abgeordneten hätten nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, jede Vorlage der Regierung sorgfältig zu prüfen. Aber in diesem Falle hätten sie noch eine weitere Pflicht, sie müßten sich fragen, ob es nicht notwendig sei, die Grundlagen des Staatswesens zu sichern. Deshalb hätte das Zentrum seine Sicherungsanträge eingebracht. Würde das gleiche Wahlrecht jetzt abgelehnt, so würde ein späteres Abgeordnetenhaus es annehmen und dann würde es nicht mehr möglich sein, Sicherungen zu schaffen. Die Ablehnung des gleichen Wahlrechts würde ideale und reale Folgen haben, Folgen idealer Natur unter dem Gesichtspunkt einer Erschütterung des monarchischen Bewußtseins und Folgen realpolitischer Natur, wenn man bedenkt, daß ein Wahlkampf in dieser schweren Zeit ein Unglück für das Vaterland sei. Wie die Mehrheit aussehen wird, die aus diesem Wahlkampf hervorgehen wird, wisse man nicht, aber kein Mensch könne bezweifeln, daß sie anders aussehen wird als die jetzige Mehrheit und daß die Dinge dann nicht mehr nach dem Wunsche des Zentrums geordnet werden könnten.

Abg. v. Heydebrand (k.) erklärte, daß seine Freunde sich, abgesehen von Einzelheiten, auch in dritter Lesung auf den Boden der Beschlüsse der zweiten Lesung stellen werden. Das gelte besonders für § 3. Sie seien nach wie vor bereit, auf der Grundlage eines Mehrstimmenwahlrechts mitzuarbeiten, um ein positives Resultat zu erzielen, aber das Stimmrecht müsse sich in dem Rahmen bewegen, den die Konservativen für nützlich halten. In dem neuen Antrag Lohmann könnte man eine solche Grundlage nicht erblicken.

Nachdem im Namen des einen Teils der Nationalliberalen Abg. Ludewig sich für das gleiche Wahlrecht ausgesprochen hatte, gab Abg. Lüdicke für die Freikonservativen eine ähnliche Erklärung ab wie Abg. Heydebrand. Vorläufig hätten seine Freunde keinen Grund, von den Beschlüssen zweiter Lesung abzugehen. Zu den Sicherungsanträgen würden sie sich ihre endgültige Stellung vorbehalten, bis eine Einigung über den § 3 erzielt sei. Aber alle Sicherungen würden nur bedingten Wert haben, entscheidend sei nicht die Sicherung, sondern das Wahlrecht, auf Grund dessen das Parlament gewählt wird. Der Antrag Lohmann scheint ihm eine Brücke der Verständigung zwischen Regierung und der Rechten zu bilden. Wenn die Regierung bereit sei, sich auf diesen Boden zu stellen, dann würde ein Verfassungskonflikt vermieden werden. Er hoffe, daß die Regierung eine solche Erklärung abgebe.

Abg. Dr. Pachnicke betont, daß sich auch in der Haltung seiner Freunde nichts geändert habe. Sie werden auch die Sicherungsanträge wiederum ablehnen. Dem Wahlkampf könnten sie ohne besondere Erschütterung entgegensehen. Deutschland sei so stark, daß es einen solchen inneren Streit nicht aus dem Wege zu gehen braucht. Das Resultat des Wahlkampfes werde das gleiche Wahlrecht und damit ein verjüngtes und verstärktes Preußen sein.

Eine gewisse Ueberraschung erregte der Abg. Lohmann mit der Bemerkung, daß der Teil seiner Freunde, für den er sprach, nicht mehr für das in zweiter Lesung angenommene Pluralwahlrecht, sondern einmütig für seinen neuen Antrag stimmen werde. Er wisse, daß das gleiche Wahlrecht marschiere, und daß seine Freunde bei einer Neuwahl zusammengehauen würden. Diese Kenntnis könne ihn aber nicht davon abhalten, seiner Ueberzeugung zu folgen.

Hierauf erhob sich der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg und wies darauf hin, daß die Regierung schon bei der ersten Lesung zum Ausdruck gebracht habe, daß sie zu einem Entgegenkommen auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts im Rahmen des gleichen Wahlrechts geneigt sei. Sie habe sich auch bereit erklärt, den Sicherungen zuzustimmen. Er erkenne an, daß Lohmann und seine Freunde den ernsten Willen nach einer Verständigung haben, aber der Antrag erscheine ihm den Zweck nicht zu erfüllen. Ueber eine Altersstimme lasse sich reden. Die übrigen Zusatzstimmen aber, die der Antrag Lohmann verlangt, seien mit dem Gedanken des gleichen Wahlrechts nicht vereinbar. Der Minister schloß seine kurze Rede mit den Worten: Heute ist der Tag, wo sich jeder mit seinem Gewissen nach der einen oder anderen Richtung hin abfinden muß. Sollte sich jeder doch veranlaßt fühlen, seinem Gewissen etwas abzuzwingen, wenn er die Folgen einer Ablehnung der Regierungsvorlage bedenkt. Mit der Ablehnung ist die Sache nicht zu Ende. Das ist nur die Exposition des Dramas, das eigentliche Drama folgt erst später nach.

Im Namen der Sozialdemokraten übte Genosse Braun scharfe Kritik an der Haltung der Wahlrechtsfeinde, sowohl der Konservativen wie auch der Nationalliberalen unter Führung des Abg. Lohmann. Den Sieg des Sozialismus würden die Gegner des gleichen Wahlrechts doch nicht hindern können. Die Stimmung an der Front sei, wie aus zahlreichen Briefen ersichtlich, eine ganz andere, als sie hier dargestellt worden sei. Die Krieger wollen nicht wieder in das alte preußische Leben zurück, sondern in ein wohnliches Haus. Unglaublich sei es, daß man durch Sicherungen ein Wahlrecht auf längere Zeit verankern und verewigen wolle. Daß ein Parlament sich in dieser Weise selbst kastriert, sei nur in Preußen möglich. Die Sozialdemokraten würden sämtliche Sicherungsanträge ablehnen, die Konservativen sprechen von eine Gefährdung des Staates, sie meinen aber die Gefährdung ihres eigenen Besitzstandes. Sie wollen nicht, daß der gekrönte König von Preußen über den ungekrönten König siegt. Die Regierung habe von einer loyalen Durchführung des gleichen Wahlrechts gesprochen. Er frage, ob sie ein mit solchen Sicherungen versehenes Wahlrecht auch als eine loyale Durchführung betrachtet. Er frage weiter, was die Regierung zu tun gedenkt, wenn das Wahlrecht wieder abgelehnt wird. Gerade die unbestimmte Haltung der Regierung habe dazu geführt, daß die Lage ungeklärt sei und daß die Mehrheit gegen das gleiche Wahlrecht vielleicht eine noch größere sein werde als bei der zweiten Lesung. Das Volk würde eine Auflösung als eine Erlösung empfinden. Sollte aber die Regierung unterliegen, so werde das Volk den Schluß daraus ziehen, daß es sich nur auf seine Kraft verlassen dürfe, auf nichts anderes, auch nicht auf ein königliches Versprechen.

Mit weiteren kurzen Bemerkungen der Abgg. Mehring (U. Soz.) und Korfanty (Pole), die sich für das gleiche Wahlrecht aussprachen, schloß die Generaldebatte. Zu einer entscheidenden Abstimmung kam es noch nicht.

Man rechnet mit der Möglichkeit, daß sowohl das gleiche Wahlrecht wie auch das Sechsstimmenwahlrecht und der Antrag Lohmann abgelehnt wird, so daß in der dritten Lesung eine Lücke in Bezug auf den § 3 entsteht. Die Situation wird dadurch noch unklarer.

Vom Seekrieg.

Aus den Sperrgebieten.

(W. T. B.) **London**, 12. Mai. Die Admiralität meldet: Der britische Minensucher Steep wurde am 6. Mai von einem deutschen U-Boot torpediert und ist gesunken. 2 Offiziere und 13 Mann werden vermißt.

Berlin, 13. Mai. Der Berliner Lokalanzeiger berichtet aus dem Haag: Im Zusammenhang mit der Torpedierung des amerikanischen Dampfers Chattakoochee (8007 Br.-R.-T.) wird gemeldet, daß dieser Dampfer die frühere Sachsen der Hamburg-Amerika-Linie ist. Das ist bereits das dritte nordamerikanische Fahrzeug deutscher Herkunft, das torpediert wurde.

(T. U.) **Von der italienischen Grenze**, 13. Mai. Wie dem Corriere della Sera aus einem Küstenhafen gemeldet wird, ist das italienische Handelsschiff Sterote, das von Amerika nach Gibraltar unterwegs war, im Atlantischen Ozean nach dreistündigem Kampf von einem deutschen Unterseeboot versenkt worden.

Ein neuer Baralong-Fall.

(W. T. B.) **Berlin**, 13. Mai. Zu dem am 21. März gemeldeten Verlust zweier Vorpostenboote westlich Ostende berichtet ein soeben aus Frankreich zurückgekehrter Austauschgefangener, daß die Boote torpediert wurden. Die Engländer sahen ruhig zu, wie die Mannschaften der versenkten Vorpostenboote zum größten Teil allmählich ertranken. Nur ein kleiner französischer Kreuzer nahm im ganzen 8 Mann auf. Das Gebaren der Engländer verdient umso mehr unsere Verabscheuung, als mit den Fahrzeugen selbst nur ganz wenige Mann untergegangen sind, die Besatzung vielmehr Kopf um Kopf im Wasser geschwommen hat. Die äußeren Umstände hätten die Rettung ohne Mühe gestattet.

Englischer Fliegerangriff auf Cattaro.

(W. T. B.) **Wien**, 13. Mai. Das Kriegspressequartier teilt mit: Am 11. Mai nachmittags griffen 6 englische Flugzeuge den Kriegshafen im Golf von Cattaro mit Bomben an, ohne Verluste oder Sachschaden zu verursachen. Eines der Flugzeuge ist abgestürzt. Seine Insassen wurden unverletzt gefangen.

Die bewaffnete Schwarzmeerflotte als Kriegsschiffe behandelt.

(T. U.) **Rotterdam**, 13. Mai. Reuter meldet aus Moskau: Im Zusammenhang mit der Tatsache, daß ein Angriff auf ein deutsches U-Boot im Schwarzen Meer stattgefunden haben soll, hat Deutschland erklärt, daß alle bewaffneten Fahrzeuge im Schwarzen Meer oder Schiffe, auf denen sich Matrosen der Schwarzmeerflotte befinden, als Kriegsschiffe behandelt und unter Feuer genommen werden sollen.

Politische Rundschau.

Rüstringen, 14. Mai.

Wichtige Besprechungen im Großen Hauptquartier. Im Großen Hauptquartier haben vorgestern und gestern wichtige Besprechungen zwischen dem deutschen und dem österreichischen Kaiser stattgefunden, zu denen die verantwortlichen Staatsmänner zugezogen waren und von denen berichtet wird, daß das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis auch für spätere Zeiten gesichert worden sei. Wahrscheinlich ist auch über die Polenfrage verhandelt worden, denn die Morgenblätter wußten zu melden, daß es zu einer Einigung dahin gekommen sei, das polnische Problem im austro-polnischen Sinne zu lösen.

Ein erfundener Kaiserbrief. In der Ententepresse wird von einem zweiten Briefe des österreichischen Kaisers wegen eines Friedensschlusses mit der Entente geschrieben. Darnach soll zwischen dem Kaiser Karl und der Entente von einem Frieden die Rede gewesen sein, nach dem Elsaß-Lothringen an Frankreich, Triest und das Trentino an Italien und Schlesien an Oesterreich-Ungarn fallen sollte. Das amtliche Wiener K. u. K. Korrespondenzbureau erfährt demgegenüber von zuständiger Stelle, daß die Meldung von einem zweiten Kaiserbriefe erfunden sei; es handele sich dabei um ein neues Machwerk der Entente.

Der belgische Senator Colliaux begnadigt. Der zum Tode verurteilte belgische Senator Colliaux ist nach einer Mitteilung an Stauning nunmehr begnadigt worden. Die sozialdemokratischen Parteien Schwedens und Dänemarks hatten sich bekanntlich durch den Genossen Minister Stauning an die Parteileitung der deutschen Sozialdemokratie mit der Bitte gewandt, für die Begnadigung des sozialdemokratischen Senators in Lüttich einzutreten.

Schweiz.

Rationierung von Kaffee und Tee. Eine Konferenz der Schweizer Kleinhandelsorganisationen beschloß, an der schon bisher durch die Kleinhändler selbst durchgeführten Rationierung von Kaffee festzuhalten und sie nunmehr auch auf Tee auszudehnen mit Rücksicht darauf, daß sich die Verhältnisse betreffend die Einfuhr von Lagervorräten in diesen Artikeln noch nicht gebessert haben. Danach darf im Kleinhandel an die einzelne Familie pro Woche nicht mehr als ein Pfund Kaffee und 50 Gramm Tee abgegeben werden.

Rußland.

Auf Grund der allgemeinen Amnestie vom 1. Mai wurde eine große Zahl der in den Gefängnissen befindlichen politischen und Kriminalverbrecher befreit. In Petersburg wurden die früheren Minister des Regimes der Romanow und Kerenskis in Freiheit gesetzt, ausgenommen die wegen Hochverrats und Betruges Verurteilten. Der ehemalige Kriegsminister Suchomlinow erhielt von seiner Befreiung an dem Tage, an welchem er aus dem Gefängnis beurlaubt werden sollte. Purischkewitsch und die anderen Teilnehmer an dem Anschlage gegen die Sowjets, nämlich Kommandant Grinberg, die Offiziere Chomanjelo und Duschkin, der Leutnant Zelinsky, der Zivilingenieur Parsenoff und andere sind in Freiheit gesetzt worden; im ganzen haben 200 Personen, welche wegen politischer und

Landesbibliothek Oldenburg

strafrechtlicher Vergehen verurteilt worden waren, an diesem Tage die Kasematten von Kresti verlassen.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Ein Gesetz gegen die Pazifisten. Ein Telegramm der Daily News aus Washington berichtet: Trotzdem Präsident Wilson durch sein großes Interesse für das Rußland der Bolschewiki die Sozialisten zu einem großen Teil für sich gewonnen hat, gewinnt die pazifistische Bewegung, in der wieder Norman Angell, der bekannte Verfasser des Buches „Die große Täuschung" hervorragt, viel aufrichtige Unterstützung treuer Amerikaner und ist sehr rege. Infolgedessen ist die amerikanische Regierung gezwungen, die Redefreiheit zu beschränken, die Versendung von gewissen Zeitungen zu erschweren und das „Aufruhrgesetz" des Senats erlaubt sogar Eingriffe gegen Privatbriefe. Dies Gesetz bestraft mit Gefängnis bis zu zwanzig Jahren falsche und abträgliche Mitteilungen, Aufhetzung und Schmähungen Amerikas, der Verfassung, der Armee, der Flotte und des Sternenbanners. Ein zweites Gesetz wendet sich gegen Vereinigungen, die politische, soziale oder wirtschaftliche Veränderungen mit Gewalt herbeiführen wollen. Hierfür sind Strafen bis zu zehn Jahren bestimmt. Unter den bisherigen Verordnungen sind schon dreitausend Verurteilungen erfolgt.

Deutschfeindliche Ausschreitungen in Illinois. Nach einem Telegramm des Allgemeen Handelsblad aus Neuyork vom 11. Mai ist es im Staate Illinois zu Ausschreitungen gegen die Deutschen gekommen, wobei ein Deutscher in Collinsville ermordet wurde. Die Regierung hat im Zusammenhang damit 12 Personen verhaften lassen. Gegen vier Polizeiagenten wird Anklage wegen Pflichtverletzung erhoben.

Parteinachrichten.

Abonnentenzunahme des Hamburger Echo. Die Auflage des Hamburger Echo stieg im Laufe des Jahres 1917 von 51 000 auf 56 000 und in den ersten Monaten des laufenden Jahres auf 60 000. Durch diesen Zuwachs von 9000 Abonnenten hat auch das Hamburger Echo seinen Friedensstand wieder erreicht.

Die Tätigkeit des Wilhelmshavener Lebensmittelamtes.

Ueber die Tätigkeit und den Umsatz im städtischen Lebensmittelamt wird uns folgendes mitgeteilt: Auch das 4. Kriegsjahr hat wiederum große Anforderungen an die Kommunen gestellt. Neben den bisherigen in öffentlicher Bewirtschaftung übernommenen Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs sind als weitere wichtige Zweige die Kohlenversorgung sowie die Gerbewirtschaftung hinzugetreten. Wie die Geschäfte gewachsen sind, dürfte sich allein schon dadurch zeigen, daß der Umsatz im Jahre 1916 2¼ Millionen betrug, während er im letzten Jahr über 4 Million erreicht hat. Im einzelnen sei folgendes angeführt:

Brotversorgung. Die Mehl- und Brotversorgung erfolgt entsprechend den vom Reich erlassenen Bestimmungen. Die Lagerung und Verteilung der Mehlvorräte geschieht auf Grund von uns ausgearbeiteten genauen Vorschriften in unserem städtischen Lagerhaus, so daß sicheres Funktionieren hier gewährleistet ist.

Fleischversorgung. Das uns vom hannoverschen Viehhandelsverband gelieferte Fleisch war im vergangenen Winter aus den bekannten Gründen (Futtermangel usw.) sehr minderwertig, wenn uns auch auf Grund persönlicher Vorstellungen bei der Zuweisung von Hannover weitgehendst entgegengekommen wurde. Für diesen Winter sind uns schon jetzt wieder verschiedene Erleichterungen in Aussicht gestellt. Weiter haben wir uns größere Fettweiden gesichert und werden dort einige 100 Stück Magervieh zum Anfetten bis zum Herbst auftreiben.

Wir richteten unter Leitung der Schlachterinnung eine eigene Zentralschlachterei mit Wurstfabrikation ein, durch die es uns gelang, das uns zugewiesene Fleisch bis zum äußersten zu erfassen und vor allem auch die Wurstfabrikation zu vergrößern. Die hierorts geforderten Preise sind billiger wie in der ganzen Umgebung, obgleich bei der Verarbeitung der Wurst keine Streckmittel verwendet werden.

Kartoffelversorgung. Die Heranbringung der Kartoffeln im vergangenen Herbst klappte auch sehr gut, so daß es uns möglich war, allen denen, die den Antrag stellten, ihren Bedarf bis Ende Juli zugeteilt zu erhalten, ihren Wunsch zu erfüllen. Wir werden auch, wenn die von der Provinzialkartoffelstelle Hannover uns zugestandenen Lieferungen prompt hereinkommen, in dringenden Notfällen noch Aushülfslieferungen machen können.

Den Bedarf an Frühkartoffeln bis zum Herbst konnten wir in diesem Jahre trotz der wilden Nachfrage von seiten der Industriestädte durch freie Anbauverträge sicherstellen.

Kolonialwaren. Infolge Beschlagnahme und Bewirtschaftung sämtlicher hier in Frage kommender Waren mußten wir uns darauf beschränken, für eine gleichmäßige Verteilung und Ansammlung von gewissen Reserven Sorge zu tragen. Wir haben auf diese Weise eine gleichmäßige Belieferung sicherstellen können. Auch konnten wir durch Ausgabe von nur in erstklassigen Fabriken hergestellter Marmelade, die leider im vergangenen Jahre so häufigen Klagen des Publikums über die Qualität der Ware dieses Jahr vollständig vermeiden.

Die Butter- und Fettversorgung erfolgte ebenfalls auf Grund reichsgesetzlicher Bestimmungen. Immerhin haben wir hier im Gegensatz zu anderen Städten, die sehr häufig wegen Mangel an Zufuhren das zur Verteilung gelangende Fettquantum auf 40—50 Gramm heruntersetzen mußten, auch eine sehr gute Belieferung erhalten.

Die Obst- und Gemüseversorgung kann als eine glänzende bezeichnet werden. Auf Grund frühzeitiger Anbauverträge und großer Zukäufe im freien Handel erfolgten die Zufuhren derart, daß auch in den schwierigen Monaten Januar bis März, wo fast überall Mangel an Gemüse herrschte, in den hiesigen Geschäften immer Angebot vorhanden war. Wir können für das kommende Jahr wohl die gleiche Belieferung in Aussicht stellen, da wir durch große Anbauverträge uns reichlich eingedeckt haben. Es erübrigte sich deshalb auch die Schaffung einer seiner Zeit einmal ins Auge gefaßten Gemüsedörranlage, da wir infolge der vorstehend geschilderten Verhältnisse kaum in der Lage waren, das uns regierungsseitig zur Verfügung gestellte Dörrgemüse zur Verteilung zu bringen.

Die Eierversorgung war leider nur mäßig, doch haben wir hierauf keinen Einfluß, da die Zuteilung vom Preußischen Landesamt für Nahrmittel und Eier erfolgt und dieses stärkere Belieferungen mangels Ware nicht vornehmen konnte.

Die Fischversorgung ist durch Entgegenkommen des Leiters der Freiwilligen Kriegshilfe Hannover, Herrn Hauptmann Beutler, jetzt eine etwas bessere geworden, vor allem dadurch, daß den Hotels, Speiseanstalten und Mittagstischen von Zeit zu Zeit entsprechend der Zahl ihrer Mittagsgäste Sonderzuteilungen gemacht werden.

Kriegsküche. Wir haben auch in diesem Jahre von Einrichtung von Kriegsküchen entschieden abgeraten, da uns zu diesem Zwecke entsprechende Nahrmittel usw. leider nicht zur Verfügung gestellt wurden und vor allen Dingen den in Frage kommenden Kreisen in den Küchen des Werftwohlfahrtsvereins und in zahlreichen Speisewirtschaften zur Einnahme von billigen und guten Mahlzeiten Gelegenheit gegeben ist. Daß wir mit unserem Vorgehen hier das Richtige getroffen haben, geht wohl am besten aus der Kriegsversorgungsamt Rüstringen bekannt gegebenen Besuchsziffer hervor, wonach der Besuch der Kriegsküchen in diesem Jahre bedeutend abgenommen hat (es wurden dort ausgegeben: im April 1917 täglich 103 000 Portionen, im März d. J. nur 54 000 Portionen).

Kohlenversorgung. Die Lösung dieser an und für sich sehr schwierigen Frage gelang uns im vergangenen Jahr trotz der fast außergewöhnlichen schwierigen Verhältnisse sehr gut; während man überall in Deutschland über Kohlenmangel klagte, konnten wir wohl alle Haushaltungen zufriedenstellend beliefern, und zwar zu Preisen, die billiger waren wie in sämtlichen umliegenden größeren und kleineren Städten. Es gelang das dadurch, daß wir mittels gecharterter Kähnen die Kohlen von den Zechen selbst heranholten. Die Unkosten haben wir dadurch, daß wir die Schiffe nicht selbst kauften, sondern nur mieteten, auch weitgehendst heruntergedrückt. Wir hoffen auch für das nächste Jahr genügende Mengen heranbringen zu können, zumal wir in der letzten Tagen auf Grund besonderer Verhandlung die zunächst vom Reichskohlenkommissar nur sehr beschränkt zugesagten Quantitäten bedeutend erhöht erhielten.

Altbekleidungsstelle. Diese von uns neu eingerichtete Stelle hat sich vorzüglich bewährt. Wir konnten vor allen Dingen für heimkehrende Krieger schon jetzt einen Bestand ansammeln, außerdem erwirkten wir von der Reichsbekleidungsstelle Zuweisungen von größeren Mengen Wohlfahrtskleider, die gerade in diesen Tagen an Minderbemittelte zur Ausgabe gelangen.

Lokales.

Rüstringen, 14. Mai.

Brotverkürzung immer noch in Frage.

Die Frage einer eventuellen Brotverkürzung soll, wie uns aus Berlin berichtet wird, Ende dieser Woche durch eine Sitzung des Kriegsernährungsamts unter Heranziehung von Mitgliedern des Reichstags endgültig entschieden werden. Die Frage war bekanntlich vor 14 Tagen offen gelassen worden, ob eine Verkürzung der Brotration in den letzten vier bis sechs Wochen vor der neuen Ernte einzutreten habe. Die für Deutschland erforderlichen Brotmengen sind in der Ukraine angeblich zwar in durchaus hinreichendem Umfange erfaßt worden, doch hängt ihre Lieferung von der Ueberwindung der bestehenden Transportschwierigkeiten ab. Die Lösung der letzteren wird dem Vernehmen nach Gegenstand der kommenden Sitzung des Ernährungsbeirats sein. Kann von den zuständigen Stellen eine befriedigende Erklärung dahin abgegeben werden, daß die erfaßten Lebensmittel rechtzeitig auf reichsdeutschem Boden eintreffen werden, so dürfte beschlossen werden, daß an der bisherigen Brotration nach wie vor nichts geändert wird. Kann aber eine solche Erklärung nicht abgegeben werden, so hat das Volk mit dem Beschluß zu rechnen, daß von Mitte oder Ende nächsten Monats an eine Kürzung der Brotmengen bis Ende Juli eintreten muß, da sonst nur unsichere Bürgschaften für das Durchhalten mit den Getreidemengen vorhanden wären. Die nächsten Tage erwartet man aus der Ukraine bestimmte Berichte, die ein klares Bild über die Lage gestatten würden.

Muß eine Verkürzung der Brotration eintreten, so soll ein Ersatz durch Gewährung von anderen Lebensmitteln gewährt werden, doch käme eine vermehrte Fleischration nicht in Frage. Welches der Ersatz nun sein würde, darüber ist sicheres noch nicht zu erfahren.

*

Hugideo von Viktor v. Scheffel, betitelt sich die kleine Novelle, mit deren Abdruck wir in der heutigen Nummer unseres Blattes beginnen. Viktor v. Scheffel ist unseren Lesern und Leserinnen kein Unbekannter mehr. Vor Jahresfrist druckten wir in der Unterhaltungsbeilage seinen Ekkehard, jenen prächtigen historischen Roman des Dichters. Die vorliegende Arbeit ist nur kurz und wenig bekannt. Sie ist entstanden aus einem bestimmten Anlaß heraus, und war zunächst nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt. Scheffel behandelt darin seine Trauer über den Tod der eignen Schwester, deren Schönheit ihm Stoff und Material zu seinem in Venedig ersonnenen Roman Irene die Spilimbergho liefern sollte. Aus diesem großen Roman ist dann bekanntlich nichts geworden, die Schwester starb und Scheffel trauerte lange um sie. In jener Zeit brachte er die vorliegende Novelle Hugideo zu Papier. Erst 26 Jahre später gab er sie in Buchform heraus. Wie alle Scheffelschen Erzeugnisse zeichnet auch diese kleine Novelle wieder glänzender Stil und tiefe Empfindung aus.

Zum Verkehr mit Kaffeersatzmitteln. Durch Verordnung vom 16. November v. J. sind bekanntlich Höchstpreise für Kaffeeersatzmittel festgesetzt worden. Die Kommunalverbände und Gemeinden waren ermächtigt, bis zum 15. März d. J. Ausnahmen von dem Höchstpreise für Kaffeeersatzmittel zuzulassen. Die Bestandsaufnahme, welche zum 15. März d. J. erfolgt ist, hat ergeben, daß sich bei Ablauf jener Frist teilweise noch größere Mengen Kaffeeersatzmittel im Besitz der Kommunen, Bezirkszentralen und des Handels befunden haben, deren Einstandspreis in der Regel den Höchstpreis um ein Mehrfaches übersteigt. Diese Mengen sollen nach Möglichkeit in die allgemeine Rationierung einbezogen werden. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts hat deshalb die zuständigen Landesbehörden ermächtigt, die bei der Bestandsaufnahme bei ihnen angemeldeten Mengen in Anspruch zu nehmen und unter Einleitung von Maßnahmen, die ein Nachschieben erneut widerrechtlich hergestellter Ware verhindern, zu einem höheren Preise als dem Höchstpreis in den Verkehr zu bringen. Die Nachprüfung der von den derzeitigen Besitzern geforderten Preise ist Sache der Uebernahmestellen, die sich hierbei, soweit erforderlich, der örtlichen Preisprüfungsstellen bedienen werden. Die in Anspruch genommenen Bestände sollen ausschließlich für die rationierte Versorgung der Bevölkerung verwandt werden. Sie werden nur zur Hälfte auf die den Kommunalverbänden nach der allgemeinen Rationierung zukommenden Mengen Kaffeeersatzmitteln des Kriegsausschusses angerechnet. Es wird ihnen hierdurch Gelegenheit geboten, über die Mengen, die auf Grund der allgemeinen Rationierung geliefert werden, hinaus eine bessere Versorgung ihrer Bevölkerung zu ermöglichen.

Enteignung der Hauseinrichtungsgegenstände aus Sparmetall. Die Erörterung über die Durchführung der Beschlagnahme und Enteignung von Metallgegenständen in der Presse, im Preußischen Landtage und im Reichstage hat vielfach den Anschein erweckt, als sollte die Bekanntmachung M. 8. 1. 18 K. R. A. vom 26. März 1918 betreffend Enteignung der Hauseinrichtungsgegenstände zurückgezogen, mindestens aber abgeschwächt werden. Deshalb sind bei den zuständigen Dienststellen Anfragen und Eingaben eingegangen, inwieweit die bisher getroffenen Anordnungen zurückgezogen werden würden. Demgegenüber muß ausdrücklich betont werden, daß nach Lage der Sache die erlassenen Bekanntmachungen ohne jede Einschränkung weiter durchgeführt werden müssen. Den von den Kommunalverbänden ergangenen Aufforderungen zur Meldung und Ablieferung muß deshalb uneingeschränkt nachgekommen werden. Die vielen beim Kriegsamt eingegangenen einzelnen Anfragen finden hiermit Erledigung. Eine besondere Beantwortung ist nicht möglich.

Erzeugerrichtpreise für Frühobst. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst, Verwaltungs-Abteilung, hat im Reichsanzeiger Nr. 106 Erzeugerrichtpreise für Frühobst bekannt gemacht, die als Grundlage für die von den örtlichen Preiskommissionen festzustellenden Höchstpreise dienen. „Diese Preise bleiben," wie die Mitteilungen aus dem Kriegsernährungsamt schreiben, „etwas hinter den Vorschlägen der von der Reichsstelle für Gemüse und Obst vernommenen Sachverständigen zurück. Eine teilweise Erhöhung der Preise gegenüber dem Vorjahre hat sich jedoch als notwendig erwiesen, da die Erzeugungskosten gestiegen sind und die Preise des Vorjahres insbesondere bei einigen Beerensorten nicht genügt haben, um Ware in der erforderlichen Menge auf den Markt zu bringen." — Ob die Preissteigerung allein das Mittel ist, „um Ware in der erforderlichen Menge an den Markt zu bringen", möchten wir nach unseren Erfahrungen stark bezweifeln. Eine Erhöhung der Richtpreise hat bisher stets nur zur Folge gehabt, daß die Schleichhandelpreise sofort noch stärker anzogen. Jeder Sammelstellenleiter und jede Preiskommission wissen ein Liedchen davon zu singen. Die Anreizpolitik der immerbrochenen Preissteigerungen wird ihren Zweck, das Publikum ausreichend zu versorgen, nie erfüllen.

Vom Großherzoglichen Reformrealgymnasium. Der Elementarlehrer Lübben, der zurzeit als Kompagnieführer im Westen steht, wurde durch Verleihung des Ritterkreuzes des Königl. Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern ausgezeichnet.

Aus aller Welt.

Ein französisches Gerichtsurteil über einen englischen Arzt. Der Schweiz. Pressetelegraph meldet aus Paris: Die Liga der Menschenfreunde bringt folgenden Vorfall der Oeffentlichkeit zur Kenntnis: „In einer Abteilung eines nach Arouville fahrenden Zuges erblickten zwei Damen vom englischen Roten Kreuz deutsche Kriegsgefangene, denen gegenüber sie das Bedauern äußerten, daß sie keine Revolver hätten, um die Gefangenen niederzuschießen. Ein in der gleichen Abteilung befindlicher englischer Arzt namens Dr. Warden protestierte gegen dieses Verhalten der Damen. Diese beschwerten sich über ihn bei der englischen und französischen Behörde. Die englische Behörde gab der Denunziation keine Folge, aber von dem französischen Zuchtpolizeigericht Pont l'Eveque wurde Dr. Warden zu 3000 Francs Geldbuße verurteilt, die von der Berufungsinstanz indes auf 1000 Francs herabgesetzt wurde. Außerdem erhielt Dr. Warden, der seit 20 Jahren in Paris anäßig ist, den Ausweisungsbefehl. Seine Freunde, unter ihnen ein Mitglied der Akademie, verwendeten sich bisher vergebens beim Minister des Innern für ihn. In letzter Stunde schreitet nun die Liga der Menschenfreunde ein, um die Ausweisung Dr. Wardens rückgängig zu machen."

Feuersbrunst in Norwegen. In der Hafenstadt Fredrikstad sind durch eine Feuersbrunst 70 Wohnhäuser zerstört und 800 Menschen obdachlos geworden.

Wettervorhersage.

Mittwoch: Vorwiegend wolkig, wenig Wärmeänderung, Niederschläge wahrscheinlich.

Briefkasten.

Fr. M. Die Ehefrauen von Hilfsdienstpflichtigen können nur dann in Frage kommen, wenn die Ehemänner zur Zeit der Niederkunft der Frau in einem Militärverhältnis gestanden haben. — Sie können gerne bei uns vorsprechen.

Neueste Nachrichten.

Vergebliche englische Teilangriffe bei Givenchy.

(W. T. B.) Großes Hauptquartier, 14. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

An der Kampffront ließ die in den frühen Morgenstunden gesteigerte Feuertätigkeit im Laufe des Vormittags nach. Am Abend lebte sie vielfach auf. Nach heftiger Feuerwirkung nördlich vom La Bassee-Kanal versuchten die Engländer am Abend starke Teilangriffe gegen unsere Stellungen nördlich und südlich von Givenchy. Sie wurden verlustreich zurückgeschlagen.

Die Erkundungstätigkeit blieb rege.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: v. Ludendorff.

*

Die Erfolge eines Flandern-U.-Bootes.

(W. T. B.) Berlin, 14. Mai. (Amtlich.) **Eines unserer in Flandern operierenden Unterseeboote unter dem Kommando des Oberleutnants z. S. Lohs hat neuerdings während einer hundertstündigen Unternehmung im östlichen Teile des Aermelkanals bei schärfster feindlicher Gegenwirkung sieben bewaffnete Dampfer mit zusammen 22 500 Br.-R.-T. versenkt. Darunter zwei wertvolle mit mehreren Geschützen bewaffnete 5000 Br.-R.-T. große Schiffe, die sämtlich, mit einer Ausnahme, tief beladen waren, und zwar, wie aus der Art der Versenkung mit Sicherheit geschlossen werden konnte, vorwiegend mit Kriegsmaterial für den Feind. Die Unternehmung des bewährten Kommandanten stellt eine hervorragende Leistung dar.**

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur: Oskar Hünlich. — Verlag von Paul Hug. — Rotationsdruck von Paul Hug & Co. in Rüstringen.

Landesbibliothek Oldenburg

Bekanntmachung.

Die städtischen Seebadeanstalten

am Heppenser Strande werden am **Sonntag, d. 19. Mai d. Js.,** eröffnet. Die Preise der Bäder sind wie folgt festgesetzt:

A. Mit Zellenbenutzung:

Einzelkarte für die Saison	10.— Mk.
Einzel-Monatskarte	5.— „
Familienkarte für die Saison	15.— „
Familien-Monatskarte	7.50 „
Einzelbad	0.30 „
Einzelbad-Dutzendkarte	2.50 „

B. Ohne Zellenbenutzung:

Einzelkarte für die Saison	3.— „
Einzel-Monatskarte	1 50 „
Familienkarte für die Saison	6.— „
Familien-Monatskarte	3.— „
Einzelbad	0.10 „
Einzelbad für Kinder	0.05 „
Schüler-Ferienkarten	0.60 „

C. Wäschekarten:

Monatskarte	5.— „
Einzelkarte	0.30 „
Badekappen	0.20 „

Die Ausgabe der Karten erfolgt an der Kasse im Herrenbade. [1094

Rüstringen, den 13. Mai 1918.

Stadtmagistrat.
Dr. Lueken.

Allgem. Ortskrankenkasse

Wilhelmshaven-Rüstringen.

Auf Veranlassung der Landesversicherungsanstalten Hannover und Oldenburg wird vom 5. bis 26. Mai 1918 in der Kunsthalle an der Göker-straße

die Wander-Ausstellung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

vorgeführt. Die Ausstellung ist geöffnet an Wochentagen von 4 bis 9 Uhr und an Sonntagen von 11 bis 7 Uhr. Dienstags und Freitags nachmittags haben nur weibliche Personen Zutritt. Personen **unter 16 Jahren haben keinen Zutritt.**

An jedem Wochentage, abends 8 Uhr, findet ein aufklärender **Vortrag mit anschließender Führung** durch einen Arzt statt.

Nachdem nun Vertreter der Allgemeinen Ortskrankenkasse Gelegenheit genommen haben, die Ausstellung eingehend zu besichtigen, sind wir zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein Besuch dieser Ausstellung als sehr belehrend und aufklärend den Kassenmitgliedern **dringend** empfohlen werden kann.

Es wird daher auch von dieser Stelle aus auf einen Besuch dieser Wander-Ausstellung besonders hingewiesen.

Der Vorstand.

1085 Freudenberg, Vorsitzender.

Siebethsburger Heim

Siebethsburg, Störtebecker- u. Edo-Wiemken-Str.

Donnerstags: Spielabend des Rüstringer Schachklubs.

Grundstücks-Versteigerung.

Am **Mittwoch, den 15. Mai,** nachmittags 7 Uhr, soll in der Schröderschen Wirtschaft „Zur schönen Aussicht" in **Rüstersiel** die den Erben des verstorbenen Arbeiters H. B. Haschemeyer zu Neuengroden gehörige, Fortifikationsstraße 111, Ecke Reuterstraße, belegene Häuslingsstelle, bestehend aus einem Zweifamilienhause und etwa 2300 qm Gartenland mit breiter Straßenfront, erbteilungshalber öffentlich versteigert werden.

Die Bedingungen können bei mir eingesehen werden. Auskunft erteilt auch Herr Rechnungssteller Willms in Rüstersiel.

Schwitters, amtl. Aukt.

979] Wilhelmshavener Straße 22, Fernruf 1364.

Varieté-Theater.

Seefeld (Oldbg.). In einer **verkehrsreichen Stadt** an der Unterweser ist ein im flotten Betriebe befindliches

Varieté-Theater

(Konzerthaus usw.) mit vollem Inventar, mit Stallung und größerem Obst- und Gemüsegarten 1080

wegen besonderer Verhältnisse des Besitzers sehr preiswert bei mäßiger Anzahlung und beliebigem Antritt zu verkaufen. **Vorzügliche Erwerbsquelle,** sichere Existenz, fast ohne Konkurrenz. Weitere Auskunft an Reflektanten kostenfrei.

H. von Aethen, amtl. Auktionator.

Trauerbriefe und Trauerkarten

liefert Buchdruckerei Paul Hug & Co.

Hilfsdienst.

Zuverlässiger Kaufmann

als Leiter der städtischen Nähstube gesucht.

Der Vorstand des Hilfsvereins Rüstringen. [1093

Wir empfehlen unsere feuer- und einbruchsichere

Stahlkammer

zur Aufbewahrung von

Wertgegenständen jeglicher Art

in versiegelten Paketen, Koffern, oder in den unter eigenem Verschluss des Mieters stehenden **Schrankfächern.** [13

Deutsche Nationalbank

Kommanditgesellschaft auf Aktien

Zweigniederlassung Wilhelmshaven
62 Bismarckstrasse 62

Auktion.

In freiw. Auftrage werde ich am

Mittwoch, den 15. Mai, nachm. 3 Uhr anf.

im **Rath'schen Lokale, Ecke Börsen- und Mitscherlichstraße** in **Rüstringen,**

1. **folg. Nachlaßsachen:**
1 Plüschsofa, 1 nußb. Vertikow, 1 Spiegelschrank m. Spiegel, 1 Sofatisch 6 Rohrstühle, 1 gr. Regulator, 1 Tisch, 1 Teppich, 1 zweischl. Bettstelle m. Matratze, 1 Waschtisch, 1 Küchenschrank, 1 Eimerschrank, 1 Küchentisch, 1 Posten Stühle, 1 Lehnstuhl, 1 Hängelampe, sämtliches Küchengeschirr, Porzellan- und Emaillesachen, Haus- und Küchengeräte etc.
2. **ferner folg. Sachen:**
1 Plüschsofa, 1 nußb. Vertikow, 1 nußb. Spiegelschrank m. Spiegel, ca 15 Stück gute Rohrstühle, 2 Korblehnstühle mehr. Tische 1 Wanduhr, 1 Kommode, 3 Teppiche, mehrere Läufer, mehr. Vorleger, 2 Bauerntische, 2 Glasschränke, 1 Posten Wandbilder, 1 Küchenschrank, 3 Bettstellen m. Matratzen, 2 dito eiserne m. Matratzen, 1 Sprechautomat mit ca. 20 Platten, 2 Wringmaschinen, 1 Spieluhr m. 25 Platten, 1 Zither m. Noten ca. 20 Stück, versch. Hobel, mehrere Petroleumkocher, 2 Operngläser, 1 Papagei m. Bauer, 1 kl. Teschin m. Munition, 1 Kiste m. Schlosserwerkzeug, 30 Flaschen Kräuterwein, 1 franz. Billard m. Zubehör, 4 m Bettinlett (gegen Bezugsschein), 1 gr. Posten Haus- und Küchengeräte, Porzellan- und Emaillegeschirr, 12 kl. Teller und 12 Paar Tassen aus feinstem Porzellan m. Handmalerei,

1 Milchziege

(weiß, ohne Hörner),

öffentlich meistbietend versteigern. [1083

Die Milchziege gelangt um 4 Uhr zur Versteigerung.

Albr. ter Veen,
Auktionator.

Wilhelmshavener Straße 23. Fernsprecher 1323.

Anzuleihen gesucht

12—15 000 Mk. als erste, absolut sichere Hypothek zum 1. Juni. [1079

Auktionator Schwitters

Wilhelmshavener Straße 22 Fernruf 1364.

Zahle höchste Preise

für neue u. gebrauchte **Möbel** sowie ganze Hausstände.

Gerh. Janssen, Wilhelmsh.,
Querstr. 12, Ecke Kieler Str.

Volksküchen

Mellumstraße u. Ulmenstraße
Kaiserstr., Friederikenstr.
Bremer Str., Markthalle Bant

Kaufverträge

empfehlen

Paul Hug & Co.

R. St. R.

Donnerstag, 16. Mai
abends 8½ Uhr:

Sitzung

im Rathaus Zedeliusstr. Zimmer Nr. 1.

1086 **Der Vorstand.**

Deutscher

Bauarbeiter-Verband

Zweigverein
Rüstringen - Wilhelmshaven.

Achtung Kollegen!

Dienstag, d. 14. Mai,
abends 8½ Uhr:

General-Versammlung

im **Edelweiß,** Börsenstr. 91.

Ein jeder Kollege muß erscheinen. [1055

Der Vorstand.

Kriegs- und Volksküchen.

Am **Pfingstmontag** kochen

Markthalle,
Bremer Straße,
Ulmenstraße.

Sonntagskarten sind **nur** bis Freitag in allen Küchen zu haben. 1081

Die Küchenverwaltung.

Waldschenke

Schoost.

Halte mein Lokal mit schönem großen Garten zu Pfingstausflügen bestens empfohlen.

1077] **J. Wagner.**

Verloren

ein **Korallenkreuz** mit Kette am Freitag-Abend auf dem Wege Peter- - Göker- — Bismaeck- — Heppenser Kirchstraße Gegen Belohnung abzugeben Peterstraße 76. [1075

Flaschen

als **Wein-** und **Sektflaschen** sowie **Papierabfälle** kauft zu höchsten Preisen

6723] **Hädecke,** Marktstr. 38

R. Winter

Färberei und chem. Waschanstalt

Rüstringen, Peterstrasse 59

Ausweisbilder

am schnellsten und billigsten **Bremer Str. 25,** Hinterhaus.

Gesucht

Frau oder Mädchen

für einige Morgenstunden. 1074] **Lübcke,** Metropol.

Ehrlich., sauberes Mädchen 1083

von 14 bis 16 Jahren gesucht. Frau **Focken,** Tettens.

Gesucht zuverl. **Mädchen** bei Familienanschluß. Bülowstr. 5, p. l.

Haushalt sucht Frau

oder Mädchen für 2 Stund. vor- oder nachm., leichte Arb. 1092] Zedeliusstr. 13, II l.

Theater Burg Hohenzollern

Nur noch einige Tage:

Die Csardasfürstin

Vorverkauf von 10 bis 1 Uhr und von 5 Uhr nachm. an. — Theater-Fernsprecher 27.

In Vorbereitung: 1049

Die Fledermaus.

Operette in 3 Akten von Strauss.

Kabarett-Café „Union"

— Inhaber: **Carl Rademann.** —

Tel. 474 **69 Wilhelmshavener Straße 69** Tel. 474

Auftreten nur erstklassiger Kräfte!

Mai-Programm: 735

1. **Anni Arha,** Vortragssoubrette, 2. **Grethel Mirado,** Tänzerin, 3. **Leni Lemme,** stimmliche Vortragskünstlerin, 4. **Anni Bielert,** Soubrette, 5. **Helga Bendt,** jugendl. Sprecherin. Um regen Zuspruch bittet **Carl Rademann.**

Varieté Metropol.

Abs-Avello, 3 Klimkeys, Fred Schäfer
und das **große Spezialitäten-Programm.**
Kassenöffnung 7½ Uhr. Anfang 8 Uhr.

Jeden Sonntag nachm. große Kindervorstellung
Kassenöffnung 3, Anfang 3½ Uhr.
Hierzu ladet ergebenst ein **W. C. Lübcke.**

Konsum- und Sparverein für Rüstringen u. Umgeg.

e. G. m. b. H., Rüstringen.

Abteilung Kohlenvertrieb.

Wir bitten diejenigen unserer Freunde, die **Eier-Briketts, Braunkohlen-Briketts, Koks** für Hausbrandzwecke bei uns bestellt haben, nunmehr Zahlung zu leisten. Alle Besteller, die bis zur Nr. 150 eingetragen sind, können auf Lieferung in den nächsten Tagen rechnen.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß es zweckmäßig ist, schon jetzt die 1088

Winterkohlen

hereinzunehmen, da in späterer Zeit eine Preiserhöhung nicht ausgeschlossen ist und außerdem für eine prompte Bedienung nicht garantiert werden kann. Es ist also ratsam, die Winterkohlen, soweit es nicht geschehen ist, **unverzüglich zu bestellen.** **Der Vorstand.**

Wander-Ausstellung

zur Bekämpfung der Geschlechts-Krankheiten in der Kunsthalle zu Wilhelmshaven.

Geöffnet täglich bis 26. Mai 1918
nachmittags von 4 bis 9 Uhr.

Nachruf!

Am Sonnabend den 11. Mai 1918 starb unsere Mitarbeiterin 1087

Mathilde Wüppelmann.

Ehre ihrem Andenken!

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Otwi-Werke, Delmenhorst.

Die Beerdigung findet am Mittwoch den 15. d. M., nachm. 2.45 Uhr, vom Peter-Elisab.-Krankenhaus in Delmenhorst aus statt.

Adler

Theater

Direktion: Gustav Voth
Eden-Theater, Aachen.

Heute und folgende Tage abends 8 Uhr:

Rund um die Liebe

Operette in drei Akten von Oskar Strauß.

Mit **Otto Beck** als Gast 1. Operettentenor vom Metropoltheater Berlin.

Ab Sonnabend:
Neu einstudiert!

Der Rastelbinder.

Für die erwiesenen vielen Aufmerksamkeiten zu unserer **silbernen Hochzeit** sagen wir allen Verwandten, Bekannten, Arbeitskollegen u. -Kolleginnen sowie Nachbarn unseren herzlichsten Dank. 1089

Peter Giese und Frau
Wilhelmshaven
Alte Straße 10.

Dienstag, den 14. Mai, abends 8.15 Uhr:

Die spanische Fliege.

Vorverkauf in Lohses Buchhandlung und Niemeyers Zigarrengeschäft, Bismarckstraße.

Verreist

vom 16. bis 27. Mai cr.

Sanitätsrat Dr. Harms

Viktoriastraße 12

Spezialarzt für Hals-, Nasen- und Ohrenleiden. [1090

Volks-Theater

Nur noch 3 Mal

Die Hamsterrieke

In Vorbereitung

Flotte Weiber

Große Posse mit Gesang und Tanz.

Danksagung.

Für die überaus zahlreichen Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter Johanne, insbesondere Herrn Pastor Ibbeken für die trostreichen Worte am Grabe sagen wir allen unsern herzlichsten Dank. [1076

Familie G. Kempen.

Danksagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspendung bei der Beerdigung unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank. [1078

Witwe **K. Madaus**
Familie Neidholz.

Landesbibliothek Oldenburg

Beilage.
32. Jahrg. Nr. 112.

Norddeutsches Volksblatt

Mittwoch
den 15. Mai 1918.

Deutscher Reichstag.

164. Sitzung, Montag den 13. Mai, nachm. 2 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Roedern, v. Krause.

Der Etat des Marineamts wird nach den Beschlüssen der Kommission (diese hat 5 Intendanturfekretäre gestrichen) angenommen, desgleichen die Resolution der Kommission, Beamtenausschüsse bei der Marine einzurichten, und eine Resolution Ebert und Gen. (Soz.), daß den Angestellten in den Marinebetrieben die prozentualen Pauschsätze für Mehrleistungen nicht auf Kriegsteuerungszulagen angerechnet werden.

Es folgt die Beratung des

Etats des Reichsschatzamts.

Abg. **Bärwinkel** (Natl.) bittet, die unansehnlich gewordenen Schatzscheine durch neue zu ersetzen.

Abg. **Werner-Hersfeld** (D. Fr.) bittet, auch die Kriegsveteranen von 1870/71 bei Teuerungszulagen nicht zu vergessen.

Abg. **Lostherr** (U. Soz.): Wo sind die Strafgelder zufolge des Schiedsgerichtsverfahrens, in der Schuhindustrie allein z. B. eine Million Mark, etatisiert? Sehr zu mißbilligen ist, daß bei der letzten Kriegsanleihe Zwang auf Soldaten zum Zeichnen ausgeübt wurde, ebenso ungehörig war die Bettelei durch Schulkinder. Ungesetzlich ist, daß Mündelgelder in Kriegsanleihe angelegt wurden. In dasselbe Kapitel gehört der Druck auf Zeitungen, daß sie in Inseraten zum Zeichnen von Kriegsanleihen auffordern müßten. Auch auf die wirtschaftlich abhängigen Arbeiter wurde ein Druck ausgeübt zum Zeichnen von Kriegsanleihe, obwohl die Arbeiter von dem Krieg gar nichts wissen wollen. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. **Zimmermann** (Natl.): Der große Erfolg der Kriegsanleihe ist der ausgezeichneten Organisation des Reichsschatzamts zu danken.

Abg. **Prinz Schönaich-Carolath** (Natl.) begründet einen von allen Parteien unterstützten Antrag, den Ehrensold der Kriegsveteranen von 64, 66 und 70/71 angesichts der Teuerungsverhältnisse zu erhöhen.

Abg. **Ebert** (Soz.): Ich kann mich dem Vorredner nur anschließen. Eine Aufbesserung der Bezüge der Kriegsveteranen ist dringend geboten.

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (F. Vp.) schließt sich dem Vorredner an.

Der Etat wird bewilligt, der Antrag Schönaich-Carolath wird angenommen.

Es folgt die Beratung des

Etats des Reichsjustizamts.

Abg. Dr. **Belzer** (Zentr.): Angesichts der Entwertung des Geldes sollten die Geldstrafen erhöht werden; in gewissen Fällen sollte auch auf Konfiskation erkannt werden. Nach dem Kriege ist eine Stärkung der Autorität der Gerichte dringend notwendig; das kann am besten geschehen durch Heranziehung von Männern aus dem Volke zur Rechtsprechung auch bei Zivilstreitigkeiten. Die im vorigen Jahr angenommene Resolution gegen den Kriegswucher hat leider nicht die Zustimmung der Regierung gefunden, sie hat auf eine Revision des Kriegswucherrechts verwiesen. Aber bis jetzt ist eine solche nicht erfolgt; ich frage den Staatssekretär, wie es damit steht. Denn jeder Tag Verzug ist von Uebel. In Köln wurde ein Arbeiter, der in der Fabrik ein paar Lederriemen mitgenommen hatte, wegen Landesverrats zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt. (Lebh. Hört, hört!) In Wiesbaden dagegen wurde der bekannte Philippi freigesprochen, obwohl sein Bruder und Kompagnon wegen desselben Vergehens vom Militärgericht verurteilt worden ist. Derartige Urteile widersprechen aufs höchste dem Rechtsempfinden des Volkes. (Lebh. Zustimmung.)

Abg. **Heine** (Soz.): Vom Recht ist in der jetzigen Zeit nur wenig die Rede, dagegen sehr viel von Gewalt. Das Schlimmste ist, daß in der ganzen Welt der Glaube an das Recht zerstört ist. Wenn es Politiker gibt, die, ohne sofort aus dem Tempel gejagt zu werden, sagen, man dürfe nicht auf einen Rechtsfrieden hinarbeiten, sondern auf einen Frieden der Gewalt, dann darf man sich auch nicht wundern, was andere Leute sagen, wir können mit unseren guten Freunden und Nachbarn ebenso umspringen, wie man dem Vaterlande zumutet, mit seinen Nachbarn umzuspringen. (Sehr wohr! bei den Soz.) Die Rechtspflege ist bei uns in großem Umfange aufgehoben. — Die Unpfändbarkeitsgrenze muß erhöht werden und die Angehörigen der Kriegsteilnehmer müssen einen besseren Schutz gegen Pfändungen überhaupt erhalten. Die Reform der St.-P.-O. darf nicht bis nach dem Kriege verschoben werden. Mehr wie je stellt sich die Notwendigkeit heraus, das Wiederaufnahmeverfahren zu erleichtern. Das traurigste Kapitel ist das der Jugendlichen-Kriminalität, sie ist schon immer der Schandfleck an unserem sozialen Körper gewesen. Das Kriegsnotgesetz, das der Jugendausschuß empfiehlt, wird nicht genügen, wenn wir natürlich auch die Heraufsetzung der Strafmündigkeit von 12 auf 14 Jahre begrüßen. Am besten wäre es, auf das seiner Zeit in der Kommission steckengebliebene Gesetz über das Verfahren gegen Jugendliche zurückzugreifen. Die Hauptsache für mich ist darin — ich sage dies nur für meine Person, nicht für meine Fraktion — daß das Prinzip der Legalität (Zwang zur Erhebung der Anklage für den Staatsanwalt) wenigstens an einer Stelle durchbrochen wird. Kinder, und um solche handelt es sich hier, muß man guten Einflüssen unterwerfen, nicht aber ins Gefängnis stecken. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (F. Vp.): Den Schleichhandel müssen wir bekämpfen, aber diese Bekämpfung darf nicht in Schikanen gegen die Bevölkerung ausarten. (Beifall.)

Abg. **Struck** (Natl.) schließt sich im wesentlichen dem Vorredner an.

Staatssekretär des Reichsjustizamts **v. Krause**: Die Kriegswucherverordnung vom Juli 1915 hat sich im großen und ganzen bewährt. In Verbindung mit dem Paragraphen des B. G. B., wonach bei Verstößen gegen die guten Sitten Konfiskation des Erworbenen eintreten kann, wird man auch unrechtmäßige Gewinne einfordern können. Für die Reform des Strafrechts kann der Entwurf von 1915 die Grundlage nicht mehr abgeben. Denn die Erlebnisse des Krieges haben eine Umwertung der Persönlichkeit innerhalb der Gesellschaft und des Volkes gezeitigt, und diesen Erfahrungen muß auch eine neue Strafprozeßreform Rechnung tragen. Deshalb kann während des Krieges die große Reform nicht in Angriff genommen werden. Wenn aber der Reichstag wünscht, daß die wichtige Frage des Jugendrechts vor der allgemeinen Reform erledigt wird, so wird die Regierung nicht widersprechen. — Der Abg. Heine betrachtet unser Rechtsleben sehr pessimistisch. Gewiß liegen viel unerfreuliche Erscheinungen vor. Ich erinnere ihn nur an das Wort des Philosophen Kant: „Wir sind nicht dazu da, glücklich zu sein, sondern unsere Schuldigkeit zu tun.“ Tun wir das, so werden wir dazu beitragen, auch auf diesem Gebiet wieder den Sonnenschein zu wecken.

Abg. **Beyhs**: Die Zwangskriegswirtschaft zerstört die Rechtssicherheit und das Rechtsbewußtsein; besonders leiden darunter die Landwirte. Für die Rechtsanwälte ist eine Gebührenordnung notwendig, die den modernen Verhältnissen Rechnung trägt.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 2 Uhr. — Schluß: 5¾ Uhr.

Parteinachrichten.

Ein kalter Wasserstrahl nach Düsseldorf und Solingen. Der journalistische Hans Huckebein, den Gott in seinem Zorne auf den Redaktionsschemel der unabhängigen Bergische; Arbeiterstimme gewirbelt hat, brüstete sich in einer der letzten Nummern dieses Blattes mit dem Abonnentenzuwachs, die die Stimme nach der Desannexion der Düsseldorfer Volkszeitung (angeblich) in Düsseldorf erhalten habe. Er fügte hinzu, bald werde man von Solingen auch der Rheinischen Zeitung in Köln „unangenehm“ werden. Die Rheinische Zeitung antwortet darauf:

„Sehen wir einmal voraus, an den „in Düsseldorf zurzeit 10 000 Lesern“ fehle nicht ein einziger, dann ist wohl die Frage erlaubt: wo sind denn die fehlenden 15 000 Bezieher geblieben, denn rund 25 000 Bezieher hatte die Düsseldorfer Volkszeitung vor dem Kriege. Entweder war also das Düsseldorfer Blatt durch seine bejammernswerte unfähige Leitung während des Krieges völlig heruntergewirtschaftet, dann war dringend geboten eine operative Eingriff dringend nötig, oder 10 bis 15 000 Bezieher des Blattes haben sofort auf die geistige Nahrung aus Solingen verzichtet. Wir sind gewiß: in spätestens zwei bis drei Monaten wird die Bergische Arbeiterstimme über ihre Bezieherzahl in Düsseldorf ebenso vorsichtig schweigen wie über ihre Bezieherzahl in Köln.

Demnächst will sie auch uns „unangenehm“ werden. Wirklich? Die verehrte Solinger Stimme wird uns jetzt schon „unangenehm“, indem sie ohne Quellenangabe mehr aus unserem Blatte abdruckt als uns lieb ist.“

Soziales.

Der Kampf gegen die Volksvermehrung. Die Allgemeine Deutsche Gärtnerzeitung gibt in regelmäßigen Zwischenräumen eine Zusammenstellung von Stellenangeboten, die namentlich Kinderlosigkeit zur Bedingung machen; trotz dieser Brandmarkung wird die Liste von Halbjahr zu Halbjahr nicht kürzer, sondern eher länger. Aus der neuesten Zusammenstellung seien folgende Beispiele hervorgehoben: Gutsbesitzer Hoppe-Helmersruh bei Arnswalde i. d. Neumark sucht in der Deutschen Tageszeitung einen Gärtner ohne Familie. Justizrat Mattersdorf-Berlin will laut Deutscher Tageszeitung für sein Landhaus in Caputh einen unverheirateten Gärtner, eventuell kinderloses Ehepaar, und in der Kölnischen Zeitung wird für hochherrschaftliches Haus am Rhein ein Obergärtner mit dem Bemerken gesucht: „Wohnung für kleine Familie vorhanden“. Frau Baronin Feilitzsch in Fehlenbach bei Aibina sucht in der Gärtnerzeitung einen verheirateten Gärtner womöglich kinderlos. Albert Flohr-Berlin-Lichterfelde-Ost sucht im Berliner Lokal-Anzeiger einen tüchtigen Gärtner, bevorzugt kinderloses Ehepaar. Auch Korytowski Friedenau, Freiestraße 21, bevorzugt für seine Villa „kinderloses Ehepaar“. Selbst der vaterländische Frauenverein Berlin-Wilmersdorf inseriert im Berliner Lokalanzeiger nach einem Gärtner: „finderlos bevorzugt“. Aus Ostelbien, von erzgebirgischen Gütern, bayrischen Schloßbesitzungen und Berliner Vorortvillen, überall dasselbe Bild des Kampfes gegen das Kind mit Hilfe der wirtschaftlichen Uebermacht. Diese Herrschaften, die bei ihren Dienstboten keine Kinder ertragen können, sind aber oft dieselben Leute, die von den Arbeitern verlangen, daß sie im Dienste des Kapitals und des Vaterlandes nicht genug Kinder herstellen können.

Gemeinnütziges.

Ein erprobtes Reinigungsmittel für den Haushalt. Eine Hausfrau von der Insel Wangeroog teilt ein solches in folgendem öffentlich mit: Vielen Hausfrauen dürfte nicht bekannt sein, daß man die teuren Pänamaspäne durch ein einfaches Mittel vollkommen ersetzen kann. Manche Hausfrau hat sich in der Kriegszeit erst schon Stärkemehl aus Kartoffeln bereitet und ist an dem Nebenprodukt, das ich unten noch erwähnen werde, achtlos vorüber gegangen. Zunächst ist es notwendig, daß ich das Verfahren zur Bereitung von Stärkemehl oder Kartoffelmehl einmal beschreibe. Die Kartoffeln werden geschält und abgewaschen, dann mit der Maschine oder Handreibe zerrieben. Auf die Masse gießt man reichlich Wasser, gibt das ganze auf ein Haarsieb und drückt die Kartoffelmasse gut aus. Mit dem Wasser ist nun auch die Stärke, die in den Kartoffeln enthalten war, durchgeseiht worden. Um diese zu gewinnen, läßt man die Lauge etwa 12 Stunden stehen, dann gießt man das Wasser ab und wird finden, daß sich die Stärke als eine feite Schicht am Boden abgelagert hat. Nun hat aber die Stärke noch eine rötliche Färbung, man gießt deshalb nochmals frisches Wasser darauf und verrührt sie gut. Nach einigen Stunden hat sich die Stärke wieder gesetzt. Sollte das Wasser noch nicht klar erscheinen, so wiederhole man die Prozedur noch einmal. Die Stärke wird nun langsam getrocknet — jedoch nicht auf dem Herd — dann kann man sie im Haushalt verwenden. Die ausgepreßte Kartoffelmasse ist immerhin noch zur Speisebereitung verschiedener Art geeignet. Es ist nicht notwendig, daß man zur Stärkebereitung gute Kartoffeln nimmt, hierzu eignen sich auch welke und angestoßene. Haben die Kartoffeln schon einen üblen Geruch, so kann man sie auch dann noch verwenden, man braucht nur die Stärke häufiger zu wässern. Die Rückstände koche man dann für Hühner, Kaninchen usw. Nun komme ich zu dem eigentlichen Kern der Sache. Das Wasser bezw. die Lauge, die man von dem Stärkerückstand abgießt, ist das vorzüglichste Mittel, um Stoffe zu reinigen, die man früher in dem Aufguß von Pänamaspähnen gewaschen hat. Es eignet sich ferner zum Reinigen von Türen, Fensterrahmen und Fußböden, besonders aber Terrazzo. Man kann die Lauge je nach Bedarf verdünnen, da der erste Abguß recht scharf ist; selbst der dritte Abguß eignet sich noch zum Waschen von zarten Stoffen. Die Lauge ist stets kalt zu verwenden. Selbstverständlich sind die Stoffe nach dem Waschen in klarem Wasser zu spülen. Sehr schmutzige Stoffe weicht man über Nacht oder einige Stunden vor dem Waschen ein. Bei der jetzigen Seifenknappheit dürfte mein Mittel vielen Hausfrauen, besonders zum Großreinmachen, willkommen sein.

Aus dem Lande.

Erweiterung der vierteljährlichen Viehzählungen.

Seit dem 1. März 1917 werden auf Beschluß des Bundesrats vierteljährliche Viehzählungen vorgenommen, die sich ursprünglich nur auf Pferde, Rindvieh, Schafe und Schweine erstrecken sollten. Vom 1. September 1917 ab sind diese Zählungen regelmäßig auf Ziegen und Federvieh (Gänse, Enten und Hühner) ausgedehnt worden. Für die Zählung am 1. Dezember 1917 wurde angeordnet, daß für die Pferde der besondere Verwen-

Feuilleton.

Hugideo.

Eine alte Geschichte von Viktor v. Scheffel.

1)

Der jugendliche Vater Rhein, nachdem er bei Basel seinen Lauf verändert und in rechtwinkliger Biegung seine Stromveränderung gen Norden fortsetzt, hat vorlands wenig Berge und stolze Höhen mehr zur Seite, die ihn an seine alpenumtürmte Heimat gemahnen. Doch schickt ihm der Schwarzwald einen feinen Ausläufer gleichsam als dienstuenden Kammerherrn entgegen, daß er den Stromgewaltigen ehrerbietig empfange und ihm einen Gruß mitgebe an das, was jenseits Mainz wieder als fröhliches Gebirge seine Ufer umsäumt.

Selbiger Ausläufer ist eine senkrecht und steil in die Rheinflut abfallende Kalkwand, ein einzelner vorgeschobener Posten jener großen Heerschar, die der Belchen und der Blauen befehligen, hat keine sehr anmutige Form und wird von den Leuten seines gröblichen Aeußern halber mit nicht schmeichelhafter Benennung der „Klotz von Istein“ geheißen. Wächst übrigens heutzutag ein guter Tropfen Weines darauf.

Als man zählte nach unsres Herrn Erscheinen vierhundert und fünfzig Jahr, wars ein spärlich bewohnter, wilder Strich Landes, was dort am rechten Rheinufer sich hinzog. Drüben am städtereicheren linken Ufer galt römisch Recht und römisch Wesen, diesseits aber saßen und schweiften die Alamannen ein rauh, streitbar, bärbeißig, dreinschlagend Volk — und war somit am Isteiner Klotz das alte Sprichwort „auf einen groben Klotz ein grober Keil“ bezüglich der Landeinwohner ziemlich eingetroffen. Sie lebten in wenigen zerstreuten Gehöften, trieben Jagd im Schwarzwald und Fischfang in Bach und Strom, verschliefen manch lieben langen Tag auf der Bärenhaut, vertranken manch liebe lange Nacht beim Bierkrug und harrten, bis das Heerhorn blies und sie zu keckem wildwütigem Raubzug in des feineren Nachbars Land hinüberrief.

Zu selber Zeit kam einstmals ein Mann den Rhein entlang geschritten, der sah trüb und traurig drein, war auch eine hochaufgeschossene blondlockige, rotwangige Gestalt, aber kein Landbürtiger, trug ein faltig Gewand, wie einer, der bei den Römern drüben gedient, und schien einen schweren Kummer als Reisegepäck mit sich zu führen, denn er schaute oftmals in des Rheines grünflutende Wogen, als zög es ihn zu ihnen hinunter und möcht er am liebsten auf kühlem Stromgrund sein Quartier nehmen.

Wie er aber auf einsamer Wanderung jene Kalkwand erschaute und über Stein und Fels pfadlos bergan schritt, gefiel ihm der Platz, denn in der Bergwand war ein schattiger Höhlenraum, wo sich ungestört in den Rhein hinunter und zum Vogesenwald hinüberschauen ließ; kein Menschenlärm umtönte sein Ohr und friedlich und groß trug der Strom seine rauschende Flut vorüber.

Der Mann hieß Hugideo und sprach: „Hier will ich ein Nest in den Fels bauen, wie eine Mauerschwalbe, und in Frieden gharren, bis mein Tag sich neigt, das soll meine letzte Kunst sein!“

Am Rhein drunten fand er einen alten Salmenfischer, der hieß Nebi und gab ihm Bescheid, daß niemand einen Zwing und Bann über den Klotz von Istein übe, und daß Nesier bauen könne, wer da Gelüste trage und des Mauerns kundig sei.

Da hub der Fremde an sich einzubauen in die Höhlung des Felsens; er schien den Römern ein Stück ihres Architekturwesens abgesehen zu haben: in kurzer Frist stund ein steinern Gelaß keck und wohlgeschirmt in schier unnahbarer Abgeschiedenheit errichtet — ein Klausnerhäuslein, wie dazumal am manchem italienischen und gallischen Berg manches eingeklebt stund, denn ein anständiger Mensch hatte in selbiger Zeit eher Drang und Grund, die Welt zu fliehen, als sie zu suchen.

Wie es fertig war, ging der neue Siedel auf etliche Tage von dannen über den Rhein hinüber, und wie er wieder kam, trug er einen Korb mit Fisch- und Jagdzeug auf dem Rücken und eine schneeweiße Marmorbüste auf dem Haupt und trug Geräte und Marmor den Berg hinan in seine Klause.

Die Büste aber war das Abbild einer jugendschönen Römerin, einer von jenen Köpfen, deren Anblick anderthalb Jahrtausende später den Altmeister Wolfgang von Frankfurt annutete wie ein Gesang des Homerus: — das Haar in loser Flechte am Nacken geknüpft, frei, edel und groß das Antlitz, ein güldener Reif umt die Stirn.

Jenseits des Steinhäusleins, da wo ein Felsvorsprung Raum gibt in der Biegung des Berges, hämmerte der Mann eine Nische in die Wand und stellte das fremde Frauenbildnis darein, als sollt' es der schirmende Geist des Ortes sein und aller, die unten vorüber ruderten.

Und auf daß kein ungeweihter Fuß sich jener Stelle nahe, steilte er die Felswand senkrecht ab und baute aus Tannenstämmen eine Zugbrücke, auf welcher er allein aus der Klause Rückenfenster hinüberwandeln mochte. Was er sonst trieb, ward nicht viel ruchbar im Land; Schiffer und Fischer, die in leichtem Kahn rheinabfuhren, sahen ihn oftmals bei sinkender Sonne drobensitzen und hinausschauen gen Süden; es war damals nicht Brauch, daß einer sich viel drum kümmerte, was der andere tat, und noch viel weniger, daß von Obrigkeits wegen einem jeden der Deckel von seinen Töpfen gelüpft ward — so ließen sie ihn gewähren.

Der Rhein aber schuf dem Klausenmann eine Arbeit eigener Art, denn er hält besondere Ordnung in betreff der Toten, die seine Wellen fortragen sollen. Wer fern im Bodensee oder an helvetischem Ufer ihm zur Beute wird, den behält er und trägt ihn gelassen weiter durch rauschenden Fall und Strudel und Höllsaken hindurch, bis er den westwärts gewendeten Lauf umkehrt; aber zur Wanderung gen Norden in des Rheingaues fröhlich Rebengefild nimmt er die Leichen des oberen Landes nicht mit und in der stillen Bucht am Klotz von Istein spült er sie sorgsam ans Ufer.

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

dungszweck zu ermitteln war, und zwar ob die Pferde vorwiegend zu landwirtschaftlicher Arbeit oder vorwiegend in Betrieben des Handels, Gewerbes oder der Industrie oder ob sie im Privatbesitz als Reit-, Kutsch-, Renn- und Traberpferde oder im Besitz öffentlicher Körperschaften oder von Behörden und Beamten für dienstliche Zwecke verwendet werden. Außerdem war für die Dezemberzählung eine besondere Feststellung der Zuchtschweine (Zuchtsauen und Zuchteber) angeordnet worden. Bei der Zählung am 1. März 1918 wurde erstmalig die Zahl der im Deutschen Reiche gehaltenen zahmen Kaninchen ermittelt. Auf Grund der Ergebnisse der bisherigen Viehzählungen hat der Bundesrat nunmehr beschlossen, daß die eben erwähnten, zunächst nur für die Dezemberzählung und für die Märzzählung angeordneten Erweiterungen bis auf weiteres bei allen künftigen Viehzählungen in Geltung bleiben sollen, so daß die vierteljährlichen Viehzählungen sich jetzt erstrecken werden auf Pferde und deren Verwendungszweck, Rindvieh, Schafe, Schweine mit besonderer Feststellung der Zuchtsauen und Zuchteber, Ziegen, Gänse, Enten, Hühner und zahme Kaninchen. Die erste Zählung in diesem Umfange wird am 1. Juni 1918 stattfinden.

•

Der „Segen" der Werkswohnungen.

Die Firma Metallwerke Unterweser in Friedrich-Augusthütte bei Nordenham besitzt in Phiesewarden eine Arbeiterkolonie. Weil viele von diesen Wohnungen leer stehen, vermietet die Firma solche auch an nicht auf dem Werk beschäftigte Arbeiter. Ein in einem anderen Betrieb beschäftigter Arbeiter mietete sich eine solche Wohnung und nach einiger Zeit trat er auch bei dem Werke in Arbeit. Mit dem Steigen der Ausgaben für die Lebenshaltung steigt aber bei der Firma, Dank dem Regime der dort domizilierenden „Gelben", nicht der Verdienst der Arbeiter. Der Arbeiter konnte mit seinem Verdienst sein recht große Familie nicht mehr ernähren und forderte mehr Lohn. Das wurde ihm abgeschlagen. Er suchte sich nun andere Arbeit und wandte sich an den Schlichtungsausschuß, der ihm auch den Abkehrschein zusprach, weil er sich ganz wesentlich verbessern konnte. Nun rächte sich aber die Firma. Zwei Tage nach diesen Vorgängen erhielt der Arbeiter folgenden Brief:

Herrn ....., Phiesewarden.

Wir fordern Sie hiermit auf, nachdem Sie aus unseren Diensten ausgeschieden sind, die von uns gemietete Wohnung nebst Gartenländereien gemäß § 6 des Mietsvertrages bis zum 20. d. Mts. zu räumen.

Metallwerke „Unterweser".
Unterschrift unleserlich.

Dieser Vorgang beleuchtet wieder einmal die Arbeiterfreundlichkeit der Firma Metallwerke Unterweser, die nur solange vorhanden ist, wie die Arbeiterschaft sich willfährig zeigt. Löst aber jemand wider den Stachel, so wendet man Repressalien an. Er beleuchtet aber auch den Wert der Werkswohnungen im allgemeinen und da sich auch andere Firmen hier mit dem Gedanken der Errichtung von Werkswohnungen tragen, sei die Arbeiterschaft durch obiges Beispiel gewarnt. Auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens muß sich die Arbeiterschaft selbst helfen.

•

Jever. Städtische Lebensmittelversorgung. Vom Mittwoch bis Sonnabend dieser Woche werden an hiesige Einwohner ausgegeben: 1. bei W. Gerdes Sardinen, per Haushaltung 1 Dose, 2. bei Frau Torbeck nur an Minderbemittelte: Puddingpulver, an Haushaltungen bis 3 Personen 1 Paket, an größere 2 Pakete, 3. bei G. Kahlen an Schwerarbeiter pro Zusatzkarte ¼ Pfd. Erbsenmehl.

— Zur Beachtung für Kriegerfrauen. Der Magistrat macht bekannt: Kriegerfamilien, die von der Stadt Miet- oder Zinsunterstützung erhalten, haben vierteljährlich bezw. nach den jeweiligen Zahlungsterminen der Stadtkämmerei eine Quittung des Vermieters oder Hypothekengläubigers über den Empfang des Geldes vorzulegen, sonst wird die Weiterzahlung der Unterstützung eingestellt. Wir empfehlen den Mietern, sich Mietsbücher anzuschaffen.

Oldenburg. Eine ungerechte Belastung. In den N. f. St. u. L. findet sich folgendes Eingesandt eines Eisenbahnbeamten: Nach der Anstellungsurkunde sollen die Eisenbahnbeamten (der äußeren Dienststellen) neben ihrem Gehalt Dienstkleidung erhalten. Unter den jetzigen Verhältnissen ist es schwer, die Bestimmungen aufrecht zu erhalten, und die betr. Beamten werden zum Teil durch einen Geldbetrag entschädigt. Dieser Betrag reicht aber bei weitem nicht aus, um sich irgend ein Bekleidungsstück zu beschaffen, z. B. werden für eine Hose 19 bis 20 Mk. — einschl. der 30 Prozent Erhöhung — Entschädigung gezahlt. Will man sich in irgend einem Geschäft eine solche kaufen, dann werden dafür 50 bis 60 Mk. gefordert. Es wäre doch wohl recht und billig, daß die Eisenbahndirektion die Entschädigung erhöhte, und zwar mindestens um 100 Prozent, um sie mit dem zeitigen Preise in Einklang zu bringen; ferner zu veranlassen, daß die Entschädigung pünktlich gezahlt wird. Bis jetzt ist diese noch nicht für das erste Vierteljahr gezahlt. Die Erhöhung müßte auch mit Rückwirkung gezahlt werden. — Es ist vom Standpunkt der Gerechtigkeit eigentlich selbstverständlich, daß die Eisenbahnverwaltung und nicht die Eisenbahnbeamten die höheren Unkosten der durch den Krieg vertheuerten Dienstkleidung auf sich nehmen.

— Die Moor- und Heidebrände mehren sich. Auch in der Gegend von Huntloseln hat ein solcher Brand eine Heidefläche mit Tannenbestand vernichtet.

Delmenhorst. Koksverkauf und Gasabgabe. Das städtische Gaswerk macht bekannt: Bis auf weiteres wird jeden Dienstag und Donnerstag von morgens 9 bis 11 Uhr, von nachmittags 2 bis 5 Uhr Koks verkauft. — Die Gasabgabe erfolgt in Zukunft in der Zeit von morgens 4—7½ Uhr, von vormittags 9½—1½ Uhr, von abends 6—12 Uhr.

Aus aller Welt.

Schlagwetterexplosion in einer Zeche. Durch eine Schlagwetterexplosion wurden in der Zeche Nordstern bei Horst vier Bergleute getötet und mehrere verletzt.

Ein Förster als Wilderer. Der fürstliche Hilfsförster Wienert aus Arolsen wurde wegen gewerbsmäßiger Wilddieberei zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Wienert hatte im Schloßwildpark Rehwild und eine Anzahl Kapitalhirsche abgeschossen, die Tiere zerlegt und das Fleisch in Schließkörben nach Kassel gebracht, wo er es an Gasthäuser verkaufte.

Einen grausigen Fund machten einige junge Pulverarbeiter in Waldfischbach in der bayrischen Pfalz. Sie fanden in einem Kiefernschlag zwei menschliche Schädel, Knochen, Notizbuch, Regenschirm, eine Damenhandtasche, Achselklappen, einen Damen- und zwei Militärstiefel. Es soll sich um einen Landsturmunteroffizier aus Bexbach handeln, der vor etwa zwei Jahren als Wachmann nach der Pulverfabrik kommandiert wurde und plötzlich mit einem ihm nachgereisten Fräulein verschwand. Entweder sind die beiden freiwillig aus dem Leben geschieden oder der Soldat hat das Mädchen ermordet und sich dann erhängt.

Landesverratsurteile. In der vorigen Woche wurde vor dem Reichsgericht in Leipzig ein Prozeß wegen Landesverrat verhandelt, in dem acht Genossen und Genossinnen der U. S. P. aus Dresden angeklagt waren. Sie sind alle schon seit vielen Monaten in Untersuchungshaft. Das Urteil lautet gegen Lewinsohn 8 Jahre Zuchthaus, Hünig 4 Jahre Zuchthaus, Grützler, Just und Richter je 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, Schotolla 2½ Jahre Gefängnis, Gruhl 1 Jahr 1 Monat Gefängnis, Schäfer 8 Monate Gefängnis; ferner wurden verurteilt die Frauen Griesbach 4 Jahre Zuchthaus, Henker 2½ Jahre Zuchthaus, Naumann 1½ Jahre Zuchthaus, Hahn 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Es handelt sich um Flugblatt-Aktionen im August und September vorigen Jahres.

Ein großer Postdiebstahl. Ein großer Diebstahl ist auf dem Postamt Podgorze bei Thorn durch dort beschäftigte Hilfskräfte verübt worden. Die Untersuchung hat bisher ergeben, daß Wertpapiere und Bargeld im Werte von mehr als 100 000 Mark entwendet worden sind. Einer der Diebe hatte den größten Teil des gestohlenen Geldes auf freiem Felde vergraben. Bisher wurden der Hilfsschreiber Thaddäus Musialewski und die jugendlichen Postaushelfer Leo Rudnicki und Alfons Jablonski verhaftet. Die beiden Postaushelfer hatten Schweigegelder in der Höhe von 200 und 1400 Mark erhalten.

Hunderttausend Kronen für acht Jahre Zuchthaus. Ein Aufsehen erregender Rechtsfall hat vergangene Woche im norwegischen Storthing seinen Abschluß gefunden. Ein Schreinermeister Hool war vor acht Jahren zu einer langen Zuchthausstrafe wegen Mordbrandes verurteilt worden, obwohl er fortdauernd seine Unschuld beteuerte. Nach vielen Anstrengungen gelang es ihm, eine Revision herbeizuführen, die das Ergebnis hatte, daß seine Unschuld einwandfrei bewiesen wurde. Inzwischen hatte er aber schon acht Jahre lang unschuldig im Zuchthaus gesessen, und es galt daher, ihm neben der moralischen und juridischen Genugtuung auch eine wirtschaftliche Entschädigung zu bieten. Das höchste norwegische Gericht hatte diese mit hunderttausend Kronen in Vorschlag gebracht und das Storthing bewilligte diese Summe auch glatt. In letzter Stunde versuchte ein Storthingmitglied, die Summe auf fünfzigtausend Kronen herabzudrücken, fand aber einen solchen Widerstand bei allen Parteien, daß der Antrag zurückgezogen wurde. Der unschuldig Verurteilte wird somit seine hunderttausend Kronen durch den Staat ausgezahlt erhalten.

Eine feine Gesellschaft. Vor dem Landgericht München I hatte sich die 46 Jahre alte Privatiere Eugenie Brückner wegen Kuppelei und falscher Anschuldigung zu verantworten. Die Angeklagte hieß ihre neunzehn Jahre alte Tochter an vermögliche Herren aus oder gestattete den Besuch der Liebhaber in ihrer Wohnung. Einer der Verehrer, Major Döllner Hundt, nahm schließlich das junge Mädchen zu sich ins Haus; als aber die Mutter erfuhr, daß der Major nicht vermögend sei und ein Perlenhalsband verpfänden mußte, um in der Pension, in der er längere Zeit mit der jungen Brückner gelebt hatte, die Kosten bezahlen zu können, verlangte die „besorgte" Mutter ihre Tochter zurück und erstattete Anzeige wegen Entführung. Der Major antwortete mit Anzeige wegen Kuppelei und machte sehr belastende Aussagen über die Angeklagte. Vor Gericht wurde der Kuppeleifall durch Zeugenaussagen in recht betrüblicher Weise beleuchtet. So wurde u. a. durch den — kommissarisch vernommenen — Syndikus des Industriellenverbandes Dr. Kuhlo festgestellt, daß er mit der Tochter öfter in der Wohnung der Mutter zusammengekommen sei. Auch der 73 Jahre alte Kaufmann Bloch unterhielt mit der jungen Brückner ein Verhältnis, das er aber abbrach, als er gar zu unverschämt gewurzt wurde. Das Gericht sprach Eugenie Brückner von der Anklage falscher Anschuldigung frei, verurteilte sie aber wegen Kuppelei zu drei Monaten Gefängnis.

Bücherschau.

Von der **Neuen Zeit** ist soeben das 6. Heft vom 2. Band des 36. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Vatikanische Kriegspolitik. Von J. Meerfeld. — Franz Wedekind. Von Edgar Steiger. — Die Stellung der Gewerkschaften zum Lehrlingswesen einst und jetzt. Von A. Knoll, Mitglied der Generalkommission. — Berufskrankheiten als Unfälle. Von S. Prüll. — Literarische Rundschau: Paul Rühlmann, Staatsanschauungen. Von Heinrich Cunow. Jova Jaksichitsch, Socijalistitschka Internacionala i srjetski rat. Von Hermann Wendel. — Notizen: Entwicklung der amerikanischen Kohlenförderung.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von Mk. 3,00 das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 30 Pf. — Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom **Wahren Jacob** ist soeben die 10. Nummer des 35. Jahrgangs erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir folgende Beiträge: Bilder: Eine Erholungsreise des Exzarren. — Wohnungsnot. — Graf Rsdern. — Beim Kriegswucherer. — Spargelverkauf. — Aus der Zeit. — Text: Pfingstfrage. Von P. E. — Wilhelm Kolb †. (Mit Porträt.) — Feldpostbrief des Gefreiten August Säge jun., Garde-Grenadier. — Ein Bibelwort. Von Pec. — Lieber Jacob! Von Gotthilf Nauke. — Erlösung. Von Max Barthel, Musketier. — Auch ein Held. Von Karl Bräger. — Urlaub. Von Kurt Heilbut, im Felde. (Illustriert.) — Fabeln. Von Paulus. — Usw. Usw.

Der Preis der Nummer ist 15 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. H. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen.

Von der **Gleichheit**, Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 16 des 28. Jahrgangs zugegangen.

Die Gleichheit erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfg., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfg.; unter Kreuzband 85 Pfg. Jahresabonnement 2,60 Mark.

Die soeben erschienene Nr. 7 des **Simplicissimus** enthält folgende Zeichnungen: Richthofen von Th. Th. Heine, Am rumänischen Hof, und Der Junggeselle von Olix. Not lehrt beten von E. Schilling, Die neuen Steuern von Wilhelm Schulz, Ein Lichtblick von R. Grieß, Das Hilfsheer von E. Thöny, Mors triumphator von Karl Arnold und Zeebrügge von O. Gulbransson. Textlich ist die Nummer ausgestattet mit einer Skizze: Die Wandlung von Artur Fickler, ferner mit je einem Gedicht: Im Maien von Dr. Owlglaß und Haarige Methoden von Emanuel. Dann folgen fünf Beiträge: Richthofen von einem Kameraden, Die Situation, Tiefsinnig, Ein schöner Zug und Früh krümmt sich . . . von M—e, sowie zehn Beiträge unter Vom Tage und Lieber Simplicissimus.

Der Simplicissimus kostet pro Nummer 50 Pf., die Liebhaber-Ausgabe, welche auf einem qualitativ ganz hervorragend schönen Papier hergestellt wird, im Halbjahresabonnement 15 Mk. Man kann ihn beziehen durch alle Postämter und Buchhandlungen oder direkt vom Simplicissimus-Verlag G. m. b. H. in München.

Hochwasser.

Mittwoch den 15. Mai: vorm. 5,20 Uhr; nachm. 5,25 Uhr.

Bekanntmachung.

Die nachstehenden Firmen sind für die Ausführung von elektrisch. Hausinstallationen im Anschluß an das städtische Elektrizitätswerk Rüstringen zugelassen:

Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Wilhelmshaven, Prinz-Heinrich-Straße 10.
Beck, Rüstringen, Roonstr. 6.
Binarsch, Rüstr., Börsenstr. 29.
Blinker, Rüstringen, Friederikenstraße 13.
Brandt, Rüstr., Augustistr. 15.
Eden, Rüstr., Börsenstr. 12.
Elektrizitätswerk Rüstringen, Harms, Wilhelmsh., Marktstraße 13.
Kuhlmann, Wilhelmshaven, Am Bismarckplatz.
Kutscha, Rüstr., Bismarckstraße 28.
Raschke, Wilhelmshav., Kieler Straße 61.
Schmidt & Co., Rüstringen, Gökerstraße 53.
Schuhfuß, Rüstr., Mitscherlichstraße 16.
Siemens-Schuckert-Werke, Wilhelmshaven, Viktoriastraße 76.
Thaden, Rüstr., Schulstr. 30.
Weinreich, Rüstring., Ulmenstraße 38.
Zahn, Rüstr., Müllerstr. 53.
G. Wöhlbier, Wilhelmshaven, Peterstraße 3.

Betriebsamt der Stadt Rüstringen. [15

Bekanntmachung.

Wir weisen wiederholt darauf hin, daß in unserer Brotkartenverwaltung sowohl als auch in unserer Bekleidungsstelle in der Zeit von 12 bis 1 Uhr mittags **nur** alleinstehende Personen, die infolge ihrer Arbeitszeit zu anderen Zeiten nicht abkommen können, abgefertigt werden.

Wilhelmshaven, den 14. Mai 1918.

Städtisches Lebensmittelamt.

In dieser Woche gelangen folgende Waren zur Verteilung:

Am Montag, den 13. d. M., auf Lebensmittelkarte Nr. 63

½ Pfund Marmelade

zum Preise von 92 Pf. für 1 Pfund,

am Dienstag, den 14. d. M., auf Lebensmittelkarte Nr. 64

¼ Pfund Graupen

zum Preise von 36 Pf. für 1 Pfund,

auf Sonderlebensmittelkarte A 14

10 Pfund Kartoffeln

nach besonderer Bekanntmachung,

am Mittwoch, den 15. d. M. auf Lebensmittelkarte Nr. 65

4 Knochenbrühwürfel

zum Preise von 10 Pf. für 4 Stück,

auf Sonderlebensmittelkarte A 15

½ Pfund Sauerkraut

nach besonderer Bekanntmachung,

am Donnerstag, den 16. d. M., auf Lebensmittelkarte Nr. 66

¼ Pfd. Dörrgemüse

auf Lebensmittelkarte Nr. 67

¼ Pfund Kunsthonig

zum Preise von 75 Pf. für 1 Pfund,

am Freitag, den 17. d. M., auf den Bezugsabschnitt 2 der für die Zeit vom 13. Mai bis 9. Juli gültigen Eierkarte

zwei Eier

zum Preise von 35 Pf. für das Stück,

auf je zwei Karten der Sonderlebensmittelkarte A 16 eine Dose, gleich

1 kg Gemüsekonserven

in den durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften,

am Sonnabend, den 18. d. M., auf Sonderlebensmittelkarte A 17

135 g Käse

nach besonderer Bekanntmachung.

Wilhelmshaven, den 14. Mai 1918.

Städtisches Lebensmittelamt.

Ab Mittwoch, den 15. d. M., kann, soweit der Vorrat reicht, auf Sonderlebensmittelkarte A 15 in den durch besondere Plakate kenntlich gemachten Geschäften

½ Pfund Sauerkraut

zum Preise von 25 Pf. für 1 Pfund bezogen werden.

Wilhelmshaven, den 14. Mai 1918.

Städtisches Lebensmittelamt.

Gedenket unserer Altbekleidungsstelle!

Die jetzige Zeit stellt große Anforderungen an unsere Altbekleidungsstelle.

Trotz der regen Unterstützung, die uns durch die Freigebigkeit unserer Mitbürger geworden ist, ist es uns leider nur im beschränkten Maße möglich, die Versorgung mit billigen Kleidungsstücken und Schuhwaren durchzuführen. Auch müssen wir darauf bedacht sein, unsere heimkehrenden Krieger mit guter und billiger Kleidung zu versehen.

Wir richten daher an alle diejenigen, die noch im Besitz von entbehrlichen Kleidungsstücken und Schuhen sind, erneut die dringende Bitte, diese unserer Altbekleidungsstelle zu überweisen.

Auf Wunsch werden die Sachen abgeholt, und genügt in solchen Fällen eine kurze Mitteilung durch Postkarte an uns oder unmittelbar an die Altbekleidungsstelle.

Durch die Abgabe der entbehrlichen Sachen hilft der Betreffende nicht nur der Allgemeinheit, sondern verhilft sich selbst dadurch ohne Prüfung der Notwendigkeit zu einem Bezugsschein über ein neues Bekleidungsstück.

Sämtliche Herren- und Damenkleider, Leib- und Bettwäsche und Schuhwaren werden angenommen und hierfür Abgabebescheinigungen ausgefertigt.

Für die abgegebenen Gegenstände wird der von unseren Sachverständigen ermittelte Schätzungswert ausgezahlt.

Unsere Altbekleidungsstelle befindet sich am Bismarckplatz Nr. 6 (früher Bambergschen Laden), ist werktägig geöffnet von 9 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 7 Uhr nachmittags.

Wilhelmshaven, den 9. Februar 1918.

Städtisches Lebensmittelamt.

In dieser Woche können in den hiesigen Gemüsegeschäften auf **Nr. 14 der Sonderlebensmittelkarte** auf die in Aussicht gestellte Nachlieferung als I. Rate

10 Pfund Kartoffeln

bezogen werden.

Städtisches Lebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Als Eierhändler ist ferner der Kaufmann **Ernst Gerriets** in Fedderwarden zugelassen, bei dem auch eine Ortssammelstelle eingerichtet ist.

Die Ortssammelstelle bei Kaufmann **Haake** in Rüstersiel ist **aufgehoben.**

Amtsvorstand des Amtsverbandes Jever.
J. V.: gez. Tiarks.

Landesbibliothek Oldenburg